

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 2,60 M.,
im Voraus zahlbar. Vierteljahr 6,30 M.,
einjährig 24 M., Postgebühren und
72 Blg. Postgebühren. Auslands-
abonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Wochenbeilagen für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“, qualifizierte Beilagen „Zeit
und Zeit“ und „Rückwärts“, Ferner
Unterhaltung und Wissen, Frauen-
ratgeber, „Schmidt“, „Sind in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampagne
des „Vorwärts“ vom 15. April
1930. „Kleine Anzeigen“ das
bedeutet Wort 25 Pfennig (zwei
seitige Drucke), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengeluche das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Abbestellungs-
preis 60 Pfennig. Familienanzahl 2
40 Pfennig. Anzeigenannahme in haupt-
sächlich Lindenstraße 3, wochentägig
von 8, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. St. B. u. Tisc.-Gel., Postfach 10000 Berlin.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Der Schrittmacher des Achtfundentages, der 1. Mai, kommt heran. Und wieder fordern wir euch auf, ihn würdig zu empfangen.

Noch immer kämpfen wir um die Ziele, für die der 1. Mai symbolisch geworden ist: gesetzlicher Achtfundentag, Arbeiterschutz, Weltfrieden. Es sind die alten Worte, die seit 40 Jahren zu Parolen der Arbeiter aller Länder geworden sind; aber im Laufe der Zeit haben sie einen viel größeren Inhalt bekommen, als die ersten Demonstranten vor 40 Jahren ahnen konnten.

Die Welt hat ihr Gesicht verändert

Staaten sind zusammengebrochen, andere entstanden. Monarchien verschwunden, die unentwurzelt waren. Die Demokratie zog in den Ländern ein, die Massen wurden politisch zu Bildnern des Schicksals. Auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitenden wuchsen. Millionen und aber Millionen formen heute im Klassenkampf die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber auch die Fabrik von heute ist neu, und neu sind die Produktionsmethoden, die in ihr angewendet werden. Immer entbehrlicher wird der Arbeiter. Massenarbeitslosigkeit, früher eine vorübergehende Erscheinung, wird zur Regel. Millionen, die mit dem besten Arbeitswillen ausgerüstet sind, bevölkern arbeitslos die Straße. Die Unsicherheit der Existenz wächst in bedrohlichem Maße. Diese neue Situation zwingt zu viel umfassenderen Maßnahmen als bisher getroffen wurden.

Die neu gewordene Welt wird sozialpolitisch sein,

oder sie wird nicht sein. Arbeiterschutz, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt Sozialpolitik im weitestem Umfange werden die Pfeiler sein, die das Staatsgefüge nicht entbehren kann.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Ihr seid die Träger des demokratischen Staates. Ihr könnt euch den Einfluß erkämpfen, den ihr braucht, um bestimmend zu sein, wo es sich um Gesetze handelt, die euer Wohl und Wehe betreffen.

Euch sagt der 1. Mai: Nutzt die Macht, die ihr habt!

Benutzt sie nicht nur politisch. Stärkt eure Gewerkschaften. Ohne Gewerkschaften keine Demokratisierung der Wirtschaft. Starke Gewerkschaften sind die starken Grundlagen eurer Rechte und eurer Freiheit!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Wer ist's?

„Das Staatschiff“ und sein Herausgeber.

Die Herren Brüning und Treviranus sind von der Zeitschrift „Das Staatschiff“ abgerückt, die eine gehässige und beleidigende Polemik gegen ihre Ministerkollegen Curtius und Wirth geführt hat. „Das Staatschiff“, Halbmonatszeitschrift für Politik und Kultur, erscheint im Verlag der Deutschen Rundschau. Als Herausgeber zeichnet der verantwortliche Innenminister Curtius, also ein Redakteur des amtlichen Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dessen Geschäftsführer bis vor kurzem der Reichskanzler Dr. Brüning war.

„Fette Posten für Polenvertrag.“

Hinter den Kulissen des Kabinetts Brüning.

Die Wünsche der Herren vom „Gardestellenjägerbataillon“ nach Beförderung können vorläufig nicht erfüllt werden, Herr von Bindeleiner-Wildau muß warten. Das große Revirement im diplomatischen Dienst ist auf den Herbst vertagt. Ueber die Hintergründe der Vertagung erzählt die Hugenbergsche „München-Kugelsburger Abendzeitung“:

„Hinter diesen Dingen spielt sich ein großes Spiel ab. Die vollkonterative Gruppe, verstärkt um einige Persönlichkeiten aus der Mitte, wünscht nach wie vor den Abgeordneten Treviranus an die Stelle des Außenministers Curtius zu setzen, um dann das Revirement nach ihren Wünschen, die vielfach persönlicher Art sind, durchführen zu können. Curtius, der mit seiner Gruppe dieses Spiel durchschaut und zu durchkreuzen gedenkt, ist im Augenblick in einer Abwehr beharrlich, da er der Gruppe Treviranus im Kabinett zur Annahme des deutsch-polnischen Handelsvertrages und einiger anderer der Öffentlichkeit wahrscheinlich noch unbekannter Abmachungen bedarf. Infolgedessen ist man dazu übergegangen, die Reform des Auswärtigen Dienstes, die schon längst eine Notwendigkeit ist, bis in den Herbst zu verschieben.“

Dass die Gruppe Treviranus ihre Treibereien gegen Curtius nicht eingestellt hat, ist bekannt — siehe „Staatschiff“. „Fette Posten für Polenvertrag“ — so überschreibt die „München-Kugelsburger“ ihre Enthüllung. Das ist eine Prägung, die sich würdig dem vorhergehenden anschließt: „Spezial für Rationalität“ und „Schutz für Esch“.

Gorge im Brüning-Block.

Angst um Westarp.

Graf Westarp hat in der „Kreuzzeitung“ die Haltung der deutsch-nationalen Fraktionsmehrheit erklärt und dabei erklärt: „Wir bleiben in der Opposition gegen dieses Kabinett.“ Dazu bemerkt die „Börsen-Zeitung“ mit großer Besorgnis:

„Wir würden es bedauern, wenn Graf Westarp im Sinne obiger Ausführungen etwa den Versuch machen sollte, die bisher zu positiver Staatspolitik geneigten Teile der deutsch-nationalen Partei wieder in eine unruhigere Opposition zurückzuführen. Wir glauben auch nicht, daß ein solcher Versuch bei allen den Abgeordneten, die kürzlich für die Regierung gestimmt haben, von Erfolg begleitet sein würde.“

Hier spricht die Gorge um den Bestand des Kabinetts Brüning! Aber nicht nur das allein. Was soll aus der Gruppe um Herrn Treviranus bei den nächsten Wahlen werden, wenn nicht Zugang zu ihnen steht?

Schieles Ostergeschenk.

Wirtschaftskonflikt auch im Völkerbund.

Warschau, 17. April. (Eigenbericht.)

Der polnische Delegierte beim Völkerbund hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, Protest gegen die vom Reichstag beschlossenen Zollerhöhungen zu erheben. Die polnische Presse glaubt, daß der polnische Schritt von einer ganzen Reihe anderer Staaten unterstützt werden wird und deshalb in Genf nicht unberücksichtigt gelassen werden könne.

Der Verband der Landwirtschaftsorganisationen hat der Regierung ein Memorandum überreicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß für den Fall des Inkrafttretens des Agrarprogramms der Reichsregierung der deutsch-polnische Handelsvertrag für die polnische Landwirtschaft jeden Wert verliert. Die Regierung wird deshalb aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die halbamtliche Agentur meldet, es stehe noch nicht fest, ob die polnische Regierung auf die Antastung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch Deutschland mit der Ablehnung der Ratifizierung des Handelsvertrages oder mit entsprechenden polnischen Ausgleichsmaßnahmen antworten werde.

Snowdens Budget.

Angriffe von rechts und links.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

E. W. London, am 15. April 1930.

Nur Primadonnen, Filmstars und Boger atmen die Luft, die Jahr für Jahr am Budgettag den britischen Schatzkanzler umweht. Wer immer er sei — was immer er plane — er ist vom Zauber des Geheimnisses umgeben, von Zeitungsteuten eskortiert, von Kameramännern verfolgt und von Neugierigen umdrängt. Mensch sammelt sich vom frühen Morgen an vor seiner Dienstwohnung in Downing Street, Menschen begleiten ihn auf dem Weg zum Parlament, Menschenmengen überfüllen die Galerien und Tribünen des Unterhauses. Wie er sich räuspert und wie er spuckt, wird an diesem Tag beobachtet, verzeichnet, glossiert und gedruckt. Ist es Winston Churchill, konservativer Schatzkanzler in den Jahren 1925 bis 1929, so wird die Deffentlichkeit mit all den kleinen, der Nation ach so teuren Zügen vertraut gemacht, die diesen ewigen Schulbuben kennzeichnen. Die ganze Nation wünscht, so scheint es, einen Tag lang waghalsig, kampfmütig und verantwortungslos zu sein wie er. Die Nation trägt Churchill. Ist es Philip Snowden, so ist das Land an diesem Tag aller Tage auf künstlichen Humor, auf Yorkshire-Biederkeit und Fanatismus der Ehrlichkeit gestellt. Die Nation trägt Snowden.

Der Fremde mag zuerst glauben, dies sei nichts als eifriger Firtelanz. Aber er wird vielleicht später entdecken, daß solcher Heroenkult des Schatzkanzlers mit seiner Eintagsglorie eines tieferen Sinnes nicht entbehrt. Nicht ganz umsonst steht der britische Schatzkanzler stärker im Brennpunkt als seine Kollegen in Deutschland, Frankreich oder Italien. Ist er doch ganz anders das Subjekt seines Budgets als irgend ein kontinentaler Finanzminister. Keiner unter ihnen ist frei. Jeder ist von den politischen und sozialen Grundlagen seiner Regierung, der Wirtschafts- und Finanzlage seines Landes und den Verhältnisseverhältnissen seines Parlaments bestimmt. Aber der englische Schatzkanzler ist traditionell innerhalb der gegebenen Grenzen souverän. Er hat bestimmte Summen zu finden, in denen sich die Finanzlage und die Politik seiner Regierung spiegeln. Aber er ist beinahe frei darin, wie und wo er sie findet. Sein Budget entspringt keinem Kompromiß der Fraktionen und auch das eigene Kabinett mag nicht, sich einzumischen. Selbst der Ministerpräsident, so unglaublich es klingen mag, wird vom Schatzkanzler erst am Vorabend des Budgets nur von ungefähr unterrichtet; das Kabinett selbst aber erfährt die Geheimnisse erst am Budgetmorgen, an dem nichts mehr zu ändern ist. Der britische Finanzminister schwebt nicht nur darum hoch über allen seinen Kollegen, weil er selbst entscheidet, sondern auch, weil dem Parlament so gut wie keine andere Wahl gegeben ist, als Ja oder Nein zu sagen. Es kann die Regierung über dem Budget stürzen, aber es kann keinerlei Ersterhöhung vornehmen, kann nicht mit ihm feilschen oder ihn erpressen. So ist er wahrhaftig der Held der Stunde, wenn er an der Dispatch-Box stehend zur Budgetrede ansetzt.

Snowdens jüngstes Budget spiegelt denn auch den Mann in höherem Grade persönlich wider als irgend ein anderes europäisches Budget seinen Finanzminister. Es ist ein anständiges Budget. Churchill pflegte mit der Freude eines kleinen Jungen mit Ziffern und Posten zu jonglieren, Rekleinnahmen durch kleine Tricks wegzuzaubern und rückfichtlos Fonds zu plündern, die für andere Zwecke geschaffen waren. Aus Snowdens Budget strahlt das Antlitz eines ehrlichen Kaufmannes. Er sucht nichts zu verbergen, er kennt keine Ausflüchte. Er hat ein Defizit von seinem Vorgänger übernommen, hat mit sinkenden Einnahmen gewisser Steuern zu rechnen und für die gesteigerte sozialpolitische Tätigkeit seiner Regierung Mittel zu finden. Snowden sucht nichts zu verheimlichen. Er geht daher direkt auf die Einkommensteuer, diese Säule der britischen Finanzpolitik zu, erhöht die Zusatzsteuern für die Rieseneinkommen und holt sich durch eine stärkere Staffelung der Erbschaftssteuern das Nötige.

Dabei verfährt er keineswegs mechanisch. Er schonnt die kleinen und mittleren Einkommen und packt dafür die großen stärker an. Er schonnt innerhalb seiner Steuererhöhungen die Arbeitseinkommen und zieht die Schraube für die arbeitslosen Einkommen an. Seine Steuererhöhungen treffen kaum jemand, der unter tausend Pfund Sterling (also 20 000 Mark) verdient, sie fordern von dem Unverheirateten mehr als von den Verheirateten, von den kinderarmen Familien mehr als von den kinderreichen. Sie treffen keinen Menschen beim nötigsten, nicht einmal bei seinem Spartrieb. Drei Viertel aller Bürger werden überhaupt nicht berührt. Snowden setzt erst dort an, wo der höhere Luxus beginnt oder die Sparfameit zur Investition von

Kapital geworden ist. In seiner Zollpolitik bleibt er Freihändler. Aber seiner Wirksamkeit ist hier durch das Defizit eine enge Grenze gezogen. Er hat die Mac-Kenna-Zölle nicht aufgehoben; die Industriezölle wird er nicht erneuern, wenn sie ablaufen. Es ist ein Kompromiß, aber verständlich genug in einer Zeit, in der der Protektionismus wuchert und den Freihändlern durch die Haltung der Regierungen der übrigen Staaten das Leben erschwert wird.

Hier legt die Kritik ein. Die Schutzöllner loben über Snowdens freihändlerische Prinzipien, wiewohl er ihnen praktisch im Budget keinerlei Ausdruck verleihen konnte. Die Presselords und ihr Anhang sind über die Steuererhöhungen erbost. Snowden, so heißt es, drohete die Kapitalanlage, er rühre an den Kapitalhintergrund der Nation. Es ist das alte, alte Argument. Aber der Schatzkanzler lächelt. Er ist ein zu guter Oekonom der Nation, um nicht das Für und Wider sorgfältig gewogen zu haben. Er weiß, daß sich, abgesehen vom moralischen (das sich für ihn von selbst versteht) auch ökonomisch die gesteigerte Kaufkraft der Millionen infolge gesteigerter Sozialpolitik gegen die Fanatiker der Kapitalbildung verteidigen läßt. Die führenden Männer der City haben es oft genug selbst betont, daß mehr Geld als je nach Anlage sucht und daß für jede aussichtsreiche Produktion das notwendige Kapital vorhanden ist. Der konservative Entrostungssturm ist kurzlebig wie ein Aprilschauer. Er ist künstlich wie Theaterdonner. Er ist unehrlich wie die Leidenschaft im Film. Kaum ist die Empörung ausgetauscht, so ist sie auch schon wieder vorüber. Snowden hat sich keine finanzpolitische Blöße gegeben.

Ernstes als dieser Angriff von rechts ist die Attacke von links. Die Radikalen im Arbeiterlager tabeln die Snowdensche Orthodogie, die Rechtgläubigkeit seiner Finanzpolitik, die die soziale Entwicklung und sozialistische Verwirklichung der Entscheidung des Parlaments überläßt und das Budget zum Ausdruck der politischen Kräfte und nicht zum selbständigen Hebel für die Umformung der Wirtschaft macht. Diese Gruppe hat Snowden den Krieg erklärt, weil er die Reichen nicht stärker belastet, die Einkommensgliederung nicht stärker verändert, den Sozialismus nicht durch die Hintertür des Budgets eingelassen hat. Aufassung steht hier gegen Aufassung, und niemand wird den Männern von der Erde das Recht zu ihrer Ueberzeugung abprechen.

Nicht das Recht zu ihrer Ueberzeugung — wohl aber die Berechtigung ihres Tadelns! Das Parlament ist in seiner Mehrheit nicht sozialistisch, es hat dem Schatzkanzler keine sozialistische Aufgabe gestellt. Snowden ist der Sachwalter der parlamentarischen Beschlüsse. Weigerte er sich, diese Situation anzuerkennen, handelte er nach dem Rezept der Linken, so risse er die Führung der Politik an sich, so usurpierte er die Rolle des Ministerpräsidenten, der Fraktion, der ganzen Partei und stürzte das Band Hals über Kopf in die Wahl. Snowden hat darauf verzichtet, sich zum Diktator aufzuwerfen. Er hat auf Sicht budgetiert. Er gibt der Regierung, was der Regierung ist, und was sie bei den Liberalen durchsetzen kann, er überläßt es, seinen demokratischen Grundgesetzen getreu, der Gesamtheit der Berufenen, das Ausmaß und Tempo der sozialpolitischen und sozialistischen Entwicklung zu bestimmen. Er hat in seinem Budget als ein ehrlicher Mäcker zwischen seinem Gewissen und der politischen Forderung der Stunde gehandelt.

Preisgabe der Emelka.

Das Brüning-Kabinett will es. — Wer wird Käufer zu welchem Preis?

Das Reich hat seine Vertreter aus der Emelka zurückgezogen. Dadurch ist das Schicksal des zweitgrößten deutschen Finanzunternehmens entschieden.

Als das Reich vor Monaten die Aktien der Emelka übernahm, ließ es sich hauptsächlich von politischen und kulturellen Gründen leiten. Es wollte die Emelka nicht in die Hände Hugenburgs fallen lassen. Außerdem sollte das Unternehmen vor ausländischer Uebernahme bewahrt und zu einem erstklassigen kulturellen Instrument ausgebaut werden. Aus diesen Plänen wird jetzt nichts. Das Reich hat sich gegenüber der Emelka desinteressiert und hat dem durch die Zurückziehung seiner Vertreter Ausdruck verliehen.

Dieser Schritt ist auf eine Entscheidung des Reichskabinetts zurückzuführen. Die Regierung hatte sich dieser Tage über die vorliegenden Pacht- bzw. Verkaufsangebote schlüssig zu werden; u. a. lag das Angebot einer Gruppe vor, die vöorgangsweise auf kulturpolitischem Gebiet arbeitet. Sie war bereit, unter Bürgschaft einer Großbank einen größeren Betriebsstribit zur Verfügung zu stellen und dem Reich eine sprozentige Dividende zu zahlen. Das Angebot ist finanziell als äußerst günstig zu bezeichnen. Außerdem wollte die betreffende Gruppe Sicherheit dafür bieten, daß sie im Sinne der Weimarer Verfassung wirken würde. Das Pachtangebot wurde jedoch abgelehnt. Dagegen wurde ein Angebot angenommen, das den Verkauf der Emelka vorzieht. Der Verkauf des Unternehmens ist Sache des Reichsfinanzministeriums. Wahrscheinlich wird die Emelka in ausländische Hände fallen, und wir vermuten, daß die vielen Vermittler bei diesem Geschäft sehr gut verdienen werden. Oder interessiert sich nach dem politischen Systemwechsel jetzt Herr Hugenburg für das vom Reich mit großen Verlusten fanerierte Unternehmen?

Das Reich, in dessen Hände die Emelka zu einem aussichtsreichen Unternehmen hätte werden können, erleidet bei dem Verkauf wertloses Millionenverluste. Die Steuerzahler haben schon deshalb das Recht, möglichst bald zu erfahren, unter welchen Bedingungen der Verkauf vor sich gehen und wer der Käufer sein soll. Sie haben weiter das Recht zu erfahren, weshalb man das Pachtangebot abgelehnt hat.

Sindenburgs Reise an den Rhein. Die vom Reichspräsidenten nach der Räumung beabsichtigte Reise in die zweite und dritte Zone des besetzten Gebietes ist für die Woche vom 20. bis 27. Juli vorgesehen. Als Hauptorte für den Besuch des Reichspräsidenten sind der Reihenfolge nach Speyer, Mainz, Koblenz, Trier und Aachen in Aussicht genommen.

In Dänisch-Nord-Schleswig haben die Vorsitzenden der vier deutschen Kreisverbände beschlossen, drei zum Wähler führende Organisationsklassen in Apenrade einzurichten; es soll sofort nach Ostern mit der untersten Klasse begonnen werden.

In Rom wird zu Ostern ein Museum eröffnet, das Gegenstände aus den Jahren 110 v. Chr. bis 1900 n. Chr. enthält. Soweit, soweit, über alle diese Gegenstände tragen — das schätzliche Vorkommen. Dabei ist das altromische Zeichen erst vor knapp zehn Jahren zum Abzeichen des Faschismus erniedrigt worden, der selbst kaum älter ist. Also ein Reklamschwindel mehr!

Die Bombenverschwörung.

Aufklärung der letzten Sprengstoffanschläge. — Eine dritte Bombe gefunden.

Milano, 17. April.

Den Bemühungen der Polizei ist es, wie das hiesige Polizeipräsidium mitteilt, gelungen, in den Büroräumen der Papierwarenfabrik von L. B. Treu u. Co.

einen dritten Koffer mit Sprengladung aufzufinden.

Die Sprengladung war ebenso wie die, über deren Beschlagnahme bereits berichtet worden ist, von Dr. Hellmann u. Koch angefertigt worden.

Den Koffer hatte der Produzent der Firma Treu u. Co., Karl Kienig, von dem Kaufmann von Wislamowich-Wöllendorf im Auftrage von Dr. Hellmann erhalten. Der Koffer hatte die gleiche Anordnung wie die bei den Sprengstoffanschlägen in Sob Odessee und Neumünster verwendeten, das heißt er war bis auf die Zündvorrichtung vollkommen montiert, und der Koffer war mit über zehn Pfund einer gefährlichen Sprengmasse gefüllt. Diese dritte Sprengladung war für einen weiteren Anschlag vorgesehen.

Hellmann hatte sich in verschiedenen Orten der Provinz Schleswig-Holstein nach einer geeigneten Stelle erkundigt, da er jedoch ein geeignetes Objekt nicht gefunden hatte und auch der Kreis der Täter bzw. der Eingeweihten nicht vergrößert werden sollte, was notwendig gewesen wäre, wenn man auch die dritte Sprengladung in der Nacht zum 15. März hätte anbringen müssen, so wurde die Ausführung zurückgestellt.

Der verhaftete Kaufmann von Wislamowich-Wöllendorf hat zunächst nur ein Teilgeständnis abgelegt. Im Zusammenhang mit den Anschlägen sind des weiteren als Mittäter bzw. der Beihilfe verdächtig festgenommen worden: Der Kaufmann Karl Kienig, der Kaufmann Erich Kienig, der Kaufmann Wolfgang Ammermann, der Schüler Oskar Ammermann und der Kaufmann Adolf Andresen. Durch die Verhaftung des Kaufmanns Kurt Hambro, der der Führer der seinerzeit aufgelösten Organisation „Berwolf“ in Hamburg war, dürften die an den Anschlägen Beteiligten nunmehr restlos festgestellt sein.

Duisberg gegen Schiele.

Unternehmer setzen das Bürgerblockkabinett unter Druck.

Der Reichsverband der Industrie setzt seine unfreundlichen Erklärungen gegenüber der Brüning-Schiele'schen Agrarpolitik fort. Sein erster Vorsitzender Dr. Duisberg machte zwar bei einer Rede in der Volksversammlung der Industrie- und Handelskammer Solingen der Landwirtschaft zunächst die gewohnte theoretische Uebereinerklärung, daß nach wie vor Landwirtschaft und Industrie unbedingt zusammen arbeiten müssen. Dem folgte aber, wie schon bei den früheren Erklärungen des Reichsverbandes, eine sehr eindeutige Uebereinerklärung, die übertriebene und einseitige Politik der Erhöhung der Agrarzölle.

Die Struktur der Industrie habe infolge der Kriegskosten nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Ausdehnung der Exportmöglichkeiten zur Voraussetzung. Wenn das Ausland gegen deutsche landwirtschaftliche Zollerhöhungen Repräsentationen ergreifen sollte, würde der deutsche Industrieexport auf das allergeringste getrieben. Auch die deutsche Landwirtschaft habe ihre Abnehmer im Inlande; es wäre daher ein großer Fehler, wenn die Landwirtschaft durch übertriebene Schutzmaßnahmen einen ihrer größten Kunden gefährden würde. Auch der beste Zollschutz könne nur ein Mittel sein, der Landwirtschaft eine Schonfrist zur Umstellung auf die veränderten wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu geben. Auch die Landwirtschaft müsse ihre Rentabilität aus eigener Kraft

erringen und müsse in ihrer Gesamtheit erkennen, daß sie sich wie die Industrie nach dem richten muß, was ihre Kunden wünschen. In der veredelten landwirtschaftlichen Produktion seien noch große Reserven für die Rentabilität der Landwirtschaft vorhanden. Die, wenn auch noch „in weiter Ferne“ (!) stehende finanzielle Entlastung der Produktion durch Steuerermäßigung dürfe auf keinen Fall durch eine entsprechende Erhöhung der Ausfuhr in ihrer Wirkung abgeschwächt werden.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie setzt seine ganze Hoffnung darauf, daß die gefährlichen Wirkungen des Schiele'schen Agrarprogramms durch einen ständigen Druck auf das Kabinett, das ja frei von den durch den Bürgerblock gemachten Ermächtigungen Gebrauch machen kann, so stark wie möglich abgelenkt werden. Deshalb steht dieses unfreundliche Trommelfeuer in Kundgebungen und Reden gegen die Landwirtschaft. Freilich wird man abwarten haben, inwieweit die sozialreaktionären Hoffnungen der Schwerindustrie, durch das politische Bündnis mit Herrn Schiele der Arbeiterkassen am Zeuge zu werden, die Demonstrationen der Exportindustrie zunächst machen. Um übrigen stellen wir mit einer gewissen Beruhigung fest, daß jetzt auch schon Herr Duisberg Steuerermäßigungen „in sehr weiter Ferne“ sieht.

Der Rückzug Wirths.

Eine amtliche Erklärung.

Amlich wird mitgeteilt: Nachdem die zwischen dem Thüringischen Staatsministerium und dem Reichsministerium des Innern bestehenden Meinungsverschiedenheiten in schriftlicher und mündlicher Erörterung eine Klärung gefunden haben, insbesondere nachdem das Thüringische Staatsministerium die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß Nationalsozialisten in die Thüringische Landespolizei nicht aufgenommen und auch sonstige die Bedingungen für die Gewährung von Reichszuschüssen für Polizeizwecke nicht verletzt worden seien, hat der Herr Reichsminister des Innern sich in der Lage gesehen, die bisherige Einstellung der Ueberweisungen des Reichsministeriums des Innern für polizeiliche oder andere Zwecke aufzuheben. Die Meinungsverschiedenheit über die Befassungsmöglichkeit des § 3 Absatz 1 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes wird auf dem in Artikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung vorgesehenen Wege durch einen gemeinsamen Schritt der Reichsregierung und der Thüringischen Regierung einer Entscheidung des Reichsgerichts zugeführt werden.

Wegen der Vereinbarung eines Zeitpunkts für den in Aussicht genommenen Besuch des Staatssekretärs Zweigert wird sich dieser mit der Thüringischen Regierung unmittelbar in Verbindung setzen. Bei diesem Besuch wird auch die Art und Weise der gemeinsamen Anrufung des Reichsgerichts auf Grund des Artikels 13 Absatz 2 näher zu erörtern sein. Die Thüringische Regierung hat zugesagt, daß bis zur Entscheidung des Reichsgerichts solche Verletzungen in den Wartestand, die ihre Grundlage nur in § 3 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes finden, unterbleiben.

Trost bei Hugenberg.

Gespindel von der „Roten Fahne“.

Es ist keine angenehme Situation, dauernd von Spaltungen in der eigenen Partei berichten zu müssen. Es ist gewiß peinlich für einen Chef, namens Hugenberg, die Feder zu hantieren, der es fertiggebracht hat, sich vom Führer der zweitstärksten Reichstagsfraktion zum Hauptling einer Splittterpartei heranzuwirtschaften. Wir begreifen daher voll und ganz, daß die Redaktion des Hugenberg'schen „Total-Anzeiger“ sich nach Uebertreibung und Trost umsieht. Sie findet beides in der „Roten Fahne“ und druckt eifrig deren Meldung nach, wonach „eine Gruppe der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs geschlossen ihren Uebertreiter zu den Kommunisten“ erklärt habe.

Inmerhin lag aber zwischen der Meldung der „Roten Fahne“ und ihrer Uebertreibung im „Total-Anzeiger“ unsere Richtigstellung, wonach die aus der österreichischen Sozialdemokratie ausgetretene Gruppe der „revolutionären Sozialisten“ ganze fünf, wenn nicht gar sechs Mann zählt. Es ist jedoch verständlich, daß der „Total-Anzeiger“ von unserer Richtigstellung nicht gern Not nimmt. Wo ist der Ertrinkende, der freiwillig seinen Strohhalm fahren ließe? Warum soll sich Hugenberg, dem allein sechs mal sechs gleich 36 Reichstagsabgeordnete davon gefolgt sind, nicht an sechs bedeutungslose Männlein klammern, die aus der österreichischen Sozialdemokratie ausgetreten?

Als nächsten Trostbecher empfehlen wir dem „Total-Anzeiger“ die riesengroße aufgemachte Meldung der „Roten Fahne“ über die 16 Ausgetretenen von Kington. Sie dürfte auch dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der „Total-Anzeiger“-Leser von den Vorgängen in der Deutschnationalen Partei etwas abzulenkten.

Berurteilungen in Bromberg.

Aber nicht wie der Staatsanwalt wollte.

Bromberg, 17. April.

Im Deutschthumsbund-Prozess wurden beurteilt wegen Verhinderung von Maßnahmen der Behörden durch ungesetzliche Mittel Studientrat Heideck, Krause, Dr. Scholz, Schmidt und Döbbermann zu sechs Monaten Gefängnis, v. Wibleben, Inner und Arendt zu drei Monaten Gefängnis, Dr. Winkelhausen und Arendt zu zwei Monaten Gefängnis und Fräulein Seiler zu einem Monat Gefängnis.

Ferner wegen „diplomatischen Verrats“ Studientrat Heideck und Schmidt zu je sechs Monaten Festung. Von dem Bortwurf der Spionage und der Vorbereitung zum Hochverrat wurden die Angeklagten freigesprochen. Die Angeklagten v. Wibleben, Jenner, Fr. Seiler, Dr. Winkelhausen und Arendt erhielten drei Jahre Bewährungsfrist.

Der Staatsanwalt hatte zum Teil jahrelange Zuchthausstrafen gefordert!

Die lächerliche Beschuldigung der „Bildung einer geheimen Militärorganisation“ durch Verteilung von Geldmünzen des reichsdeutschen Riffhäuserbundes an ehemalige preussische Soldaten, die jetzt polnische Bürger sind, ist vollkommen zusammengebrochen. Dagegen ist die Unterrichtung reichsdeutscher Konsum über die Behandlung der deutschen Minderheit tatsächlich als — diplomatischer Verrat“ ausgelegt worden. Mit der „Verhinderung behördlicher Maßnahmen“ ist, vielleicht nicht formal zureichend, aber ganz gewiß in der Sache richtig, der Versuch gemeint, deutschen Kindern doch noch deutschen Unterricht zu verschaffen!

Inmerhin ist auch in diesem Urteil eins erfreulich: der Staatsanwalt hatte das lächerliche Spiel getrieben, jetzt noch, 12 Jahre nach dem Ende der altpreussischen Herrschaft, die Polenpolitik der Hakenlisten vorzuführen, um die polnischen Schöffen für seine unverantwortlichen Zuchthausanträge zu gewinnen. Die Männer aus dem Volk haben sich so weit nicht verbeugen lassen!

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen

Unwartete Panne.

London, 17. April. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt der Unterhandlung vom Donnerstag sollte eine mit großer Spannung erwartete Erklärung des Außenministers Henderson über den Abschluß der englisch-ägyptischen Verhandlungen stehen. Stattdessen gab Henderson eine Erklärung ab, wonach noch gewisse wichtige Punkte Schwierigkeiten bereiteten, so daß eine kurze Vertagung der Verhandlungen notwendig geworden sei.

Wie verlautet, sind die neuen Schwierigkeiten völlig unerwartet im Laufe der Donnerstag-Vormittagssitzung aufgelaufen. Sie knüpfen sich an gewisse Vorschläge bezüglich des Sudan, die von den Ägyptern unterbreitet worden sind. Die Schwierigkeiten sind um so ernster, als die neuen ägyptischen Forderungen von den Ägyptern als „im höchsten Grade gemäßig“ bezeichnet worden, für die britische Regierung jedoch unannehmbar sind. Die Verhandlungen werden nach Beendigung der Osterferien des Parlaments wieder aufgenommen werden.

Der ungarische Schriftsteller Ludwig Hasznay, der seinerzeit wegen Schmäherung der ungarischen Nation zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde auf Grund der Amnestie freigelassen.

Kabinett und Panzerschiff.

Die Scheu vor der Verantwortung.

Es wird eine Legendenbildung versucht. Die Presse der stärksten Regierungspartei sucht die Alleinverantwortung für die Einstellung der ersten Rate für Panzerschiff B in den Etat für 1930 dem Reichsrat zuzuschreiben und die Verantwortung für den endgültigen Beschluß dem Reichstag.

Indessen ist es objektiv unrichtig, die Regierung Brüning in dieser Rolle zu zeigen. Der „Deutsche“ nennt den Beschluß des Reichsrats „einen törichten Beschluß“.

Im Reichsrat war die Regierung für den Beschluß. Was wird sie im Reichstag tun? Der „Deutsche“ erwartet vom Reichstag, daß er die Panzerschifftrate ablehnt:

„Die Entscheidung, ob mit dem Bau des Panzerkreuzers B begonnen wird oder nicht, liegt also beim Reichstag. Wir sind überzeugt, und wir halten es für notwendig, daß die Mehrheit des Reichstages den Beginn des Panzerkreuzerbaus ablehnen wird. Wir haben jetzt, weiß Gott, andere Sorgen.“

Rechnliche Hoffnungen, wenn auch vorsichtiger formuliert, äußert die „Germania“. Zur Ablehnung gehört eine Mehrheit, und zu einer ablehnenden Mehrheit gehört die Sozialdemokratie.

Nachdem der Reichswehrminister mit Rückendeckung durch den Reichsanwalt im Reichsrat die erste Rate durchgedrückt hat, und nachdem das Kabinett den Beschluß zustimmend dem Reichstag unterbreitet hat, hofft die Presse des Zentrums, daß eine Mehrheit gegen den Reichsrat, gegen den Reichswehrminister, gegen den Reichsanwalt und gegen das Kabinett entscheiden werde.

Es gibt dafür einen Präzedenzfall. Am 15. und 16. November 1928 kämpfte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Plenum des Reichstages für ihren Antrag, den Bau des Panzerkreuzers A einzustellen.

Am Namen meiner politischen Freunde haben wir uns um dieses Staates willen gestern gegenseitig gelobt, daß ein zweiter Vorfall wie der gestrige (Rede von Weis gegen Panzerschiff A. D. Red.) durch ein Mißtrauensvotum in Form eines Antrages aus der Mitte Sie (zu den Sozialdemokraten) oder andere überraschen wird.“

Ein zweiter Vorfall wie der von damals wird aber jetzt von der Zentrumspresse gewünscht! Es ist aber ein Unterschied: Die Regierung Hermann Müller hatte den Baubeginn von A nicht veranlaßt, sondern die vorhergehende Regierung des Bürgerblocks! Der Baubeginn von B aber ist durch stärkste Intervention der Regierung Brüning oder doch ihrer führenden Männer im Reichsrat eingeleitet worden!

Was wird das Zentrum sagen, wenn sich eine andere Gruppe — etwa die der Herren Trepiranus und Schiele — an die Drohung des Herrn Wirth vom 18. November 1928 erinnert und sie etwa wahr machen würde?

Demokraten und Panzerschiff.

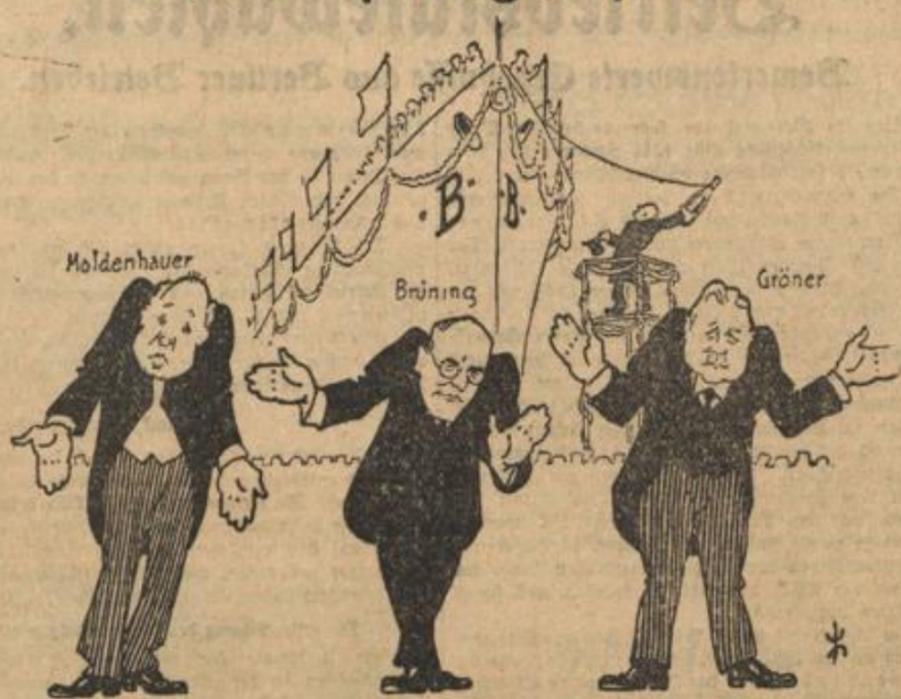
Der „Demokratische Zeitungsdienst“ teilt mit: Wie die Entscheidung des Reichstages ausfallen wird, ob überhaupt eine endgültige Entscheidung fallen und die Angelegenheit nicht vielmehr wegen der obwaltenden Schwierigkeiten um ein Jahr verschoben wird, darüber schon heute Vermutungen zu äußern, erscheint verfrüht.

Panzerschiff-Echo in England.

Der Beschluß des Reichsrats, in den Reichsetat eine höhere Summe für den Bau des Panzerkreuzers B einzusetzen, hat in London ebenso überrascht wie der Beschluß des Kabinetts, die Entscheidung des Reichsrats hinzunehmen.

Die Blätter beschränken sich bisher auf Meldungen ihrer Berliner Korrespondenten, die teilweise der Meinung Ausdruck verleihen, daß der Vorstoß im Reichsrat nicht ohne Wissen der Regierung erfolgt sein könne.

Die Ahnungslosen.



„Ja, wir haben keine Ahnung, wo das Schiff plötzlich herkommt!“

Friedensfundgebung in Straßburg

Nach dem sozialistischen Studentenfongreß. — Blum über die deutsche Republik.

Straßburg, 16. April. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an einen dreitägigen Kongreß der Internationalen Sozialistischen Studentenerziehung fand am Dienstag abend in dem von über 3000 Zuhörern gefüllten Sängersaal eine große internationale sozialistische Friedenskundgebung statt.

Im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sprach sodann an Stelle der wegen der Reichstagskämpfe unabhkömmlichen Reichstagsabgeordneten Tony Sender, der „Vorwärts“-Redakteur Viktor Schiff, der seine Rede teils in deutscher, teils in französischer Sprache hielt.

Der Sekretär der internationalen Studentenerziehung, Delcourt, richtete einen lebhaften Appell an die Studenten und insbesondere an die Erzieher der Jugend, den Kampf gegen Nationalismus und Militarismus hand in hand mit der Arbeiterschaft zu führen.

wendigkeit der Abrüstung. Selbst die friedliche und neutrale Schweiz verwende ein Viertel ihrer Einnahmen für Rüstungszwecke und ein weiteres Viertel für die ebenso unproduktiven Ausgaben der schwebenden Schuld.

Der zwischen zwei wichtigen Parlamentsitzungen aus Brüssel herbeigeeilte belgische Abgeordnete Louis Piéard wandte sich insbesondere an die anwesenden Intellektuellen und ermahnte sie, ihre Pflicht der Solidarität gegenüber den Opfern des Faschismus in Italien und in anderen Ländern um so mehr zu erfüllen, als der Faschismus die größte Kriegsgefahr der Gegenwart darstelle.

Nachdem Hinzinger-Wien, als Vertreter der österreichischen Studenten herzlich begrüßt, die internationale Bedeutung des Kampfes der Wiener Arbeiter gegen die faschistische Heimwehr betont hatte, ergriff als letzter Redner Abgeordneter Léon Blum das Wort. Die maßlosen Illusionen bei den Siegern seien zerronnen, aber um welchen Preis! Welche kostbare Zeit sei durch die wirtschaftlichen Phantasien der „Staatsmänner“ und „Sachverständigen“ der Friedenskonferenz verlorengegangen, welche moralischen Schäden durch die Geopolitik angerichtet worden!

Steuerföschung in Frankreich.

Im Zeichen der Reaktion.

Paris, 17. April. (Eigenbericht.)

Die seit Monaten von Lardieu angekündigten „massiven Steuerermäßigungen“ sind inzwischen in der Kammer eingebracht worden. Sie bilden das dritte Kapitel in der wenig rühmlichen Geschichte der französischen Steuerreform, die von der Bevölkerung und den Linksparteien seit dem Regime Poincarés gefordert, von der Regierung aber immer wieder hinausgezögert worden ist.

Die un sinnige Saarpolitik des früheren Finanzministers Chéron hat die Steuerzahler zugunsten der Staatskasse, die an die

20 Milliarden stille Reserven aufstapeln

konnte, derartig ausgepowert, Handel und Wirtschaft so weitgehend lahmgelegt, daß sie schließlich Chéron und mit ihm dem ersten Kabinett Lardieu den Kopf kostete.

fast ausschließlich den Börsenspekulanten, Kapitalisten und dem Luxusgewerbe zugute kommen.

Die Steuerföschung erstreckt sich nämlich ausschließlich auf folgende Abgaben: Kapitalertragssteuer, Körperschaftsteuer, Steuer für Automobile, Pelze, Edelsteine, Gold- und Silberwaren, Parfümerien, Hotelrechnungen usw.

Ein Verbraucherrat in England.

Zur Kontrolle sämtlicher Preise.

London, 17. April.

Handelsminister Graham teilte am Dienstag im Unterhaus mit, daß in kurzem ein Verbraucherrat in Großbritannien geschaffen werden soll.

Schiffbruch an Oesterreichs Küste.

Konzilienteifer gestrandet.

Nach jahrelangen Verhandlungen ist ein Handelsvertrag mit Deutschösterreich vereinbart worden. Im Artikel 27 dieses Vertrages heißt es:

Im Falle des Strandens, des Schiffbruchs und der Seenot an den Küsten des einen Teils genießen die Seehandelschiffe des anderen Teils wie auch deren Bemannungen, Reisende und Ladungen Hilfe und Beistand in gleichem Umfang und die gleichen Begünstigungen und Befreiungen wie die eigenen Schiffe, ihre Bemannungen, Reisenden und Ladungen.

Den beiderseitigen Konsularbehörden ist gestattet, die Ausbesserung, die Wiederverpropantierung und den Verkauf der durch Strandens oder Schiffbruch verunglückten Schiffe ihres Landes zu überwachen.

Es sollen zwar ein oder zwei Seeschiffe unter der rotweissen Flagge fahren. Aber eine Seeflotte hat Deutschösterreich höchstens an seinen Seen. Man hat da gar zu bequem — abgeschrieben.

Betriebsrätewahlen.

Bemerkenswerte Ergebnisse aus Berliner Betrieben.

Bei den Wahlen im Elmowerk der Siemens-Schuckert-Werke entfielen auf die freigewerkschaftliche Liste 1244 Stimmen (im Vorjahre 2039) und damit 7 (11) Mandate im Betriebsrat und 9 (13) im Arbeitererrat. Die Kommunisten, die zum erstenmal eine „revolutionäre Liste“ aufstellten, erhielten 479 Stimmen und „eroberten“ je 3 Mandate im Betriebsrat und im Arbeitererrat. Der gelbe AdB. bekam 205 Stimmen (204) und behielt je 1 Mandat. Der nicht minder gelbe RAB. erzielte 269 Stimmen (240) und damit 1 Mandat im Betriebsrat und 2 (1) im Arbeitererrat.

Die Angestellten gaben für die Liste der freien Gewerkschaften 267 Stimmen (299) ab, auf die 2 Mandate im Betriebsrat und 4 (5) im Angestelltenrat entfielen. Der AdB. bekam 102 (87) Stimmen und 1 Mandat im Angestelltenrat, der Gedag 287 (239) Stimmen, 2 Mandate im Betriebsrat und 4 (5) im Angestelltenrat. Das Wahlergebnis bei der Arbeiterschaft ist immerhin noch als günstig zu bezeichnen. Die Gelben haben am Wahltage die Belegschaft mit dem Friederichs-Reg.-Marsch, ausgeführt von einer großen Kapelle, vor dem Betriebe empfangen. Die Kommunisten haben deshalb so wenig Anhang im Betriebe, da Bauer und Dubrau, die Spitzenkandidaten der freigewerkschaftlichen Liste, vor einem Vierteljahr aus der APD. ausgeschlossen wurden, weil sie es ablehnten, Sonderlisten aufzustellen.

Die Wahl im Technischen Büro Berlin, Siemens-Schuckert, drehte sich um die Liste der Hakenkreuzler und die des „Industrieverbandes“ für das Metallgewerbe (Richtung Kaiser). Eine freigewerkschaftliche Liste war nicht eingereicht. Der Industrieverband erhielt 135 Stimmen und je 3 Mandate im Betriebsrat und Arbeitererrat, die Hakenkreuzler 182 Stimmen, 4 Mandate im Betriebsrat und 5 im Arbeitererrat. Bei den Angestellten war nur eine Liste des AdB. eingereicht.

In diesem Betriebe sind Arbeiter nur als Monteur beschäftigt. Eingestellt werden hier nur Mitglieder der gelben Organisation, zu dem niedrigsten Tariflohn in der Berliner Metallindustrie. Deshalb gilt es auch als nebensächlich, ob ein abgeschlossener Lehrgang nachgewiesen werden kann oder nicht. Der drohende Abbau mag mit dazu beigetragen haben, daß weder eine freigewerkschaftliche Liste der Arbeiter, noch der Angestellten aufgestellt wurde. Das muß anders werden.

Freigewerkschafter bei den Ostram-Werken unerwählter.

Von den Ostram-Betrieben liegt jetzt das genaue Gesamtergebnis der Betriebsratswahlen vor. Der „Opposition“, die in zwei Fabriken des Konzerns und zwar in den Fabriken A und B in diesem Jahr zum ersten Male eigene Listen aufstellte, ist der Erfolg versagt geblieben, den sie sich von diesem „revolutionären“ Sondergelingen versprochen. Im vorigen Jahr waren von den 54 Arbeiterräten 44 Sozialdemokraten, 8 Kommunisten und 2 kommunistische Syndikalisten. Jetzt setzt sich die Gesamtzahl der Arbeiterräte, die infolge der Belegschaftsverminderung nur 49 beträgt, aus 38 Freigewerkschaftern und 11 Kommunisten zusammen. In den einzelnen Werken war das Abstimmungsergebnis folgendes:

In der Fabrik A, Siedingstraße, wurden von den Arbeitern für die freigewerkschaftliche Liste 2409 Stimmen und für die „Opposition“ 1572 Stimmen abgegeben. Der Arbeitererrat, der im vorigen Jahr aus 19 Personen bestand, hat jetzt nur 17 Mitglieder. Davon sind Sozialdemokraten 11 (15) und Kommunisten 5 (4). Die Angestellten hatten wie im Vorjahr nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt. Der Angestelltenrat besteht aus 8 (5) Kfz-Mitgliedern. Der aus 18 (20) Personen gebildete Betriebsrat setzt sich demnach zusammen aus 12 Freigewerkschaftern und 6 Kommunisten.

In der Fabrik D, Kotherstraße, erhielt die freigewerkschaftliche Arbeiterratsliste 1539 Stimmen, die „Opposition“ 886 Stimmen. Der 14 (15) Köpfe starke Arbeitererrat besteht aus 9 (11) Freigewerkschaftern und 5 Kommunisten (2 Kommunisten, 2 Syndikalisten). Während die Angestellten im vorigen Jahr nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt hatten, kam diesmal der AdB. hinzu. Die AdB.-Liste bekam 325 Stimmen und 6 Angestelltenmandate von insgesamt 8 (9), die AdB.-Liste 155 Stimmen und 2 (—) Sitze. Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 8 (8) freigewerkschaftlichen und 4 (2+2) kommunistischen Arbeitern, 3 (4) freigewerkschaftlichen Angestellten und 1 (—) AdB.-Mann.

Im Maschinenglaswerk Siemensstadt gab es nur eine freigewerkschaftliche Arbeiterratsliste. Demzufolge besteht der Arbeitererrat aus 8 Freigewerkschaftern. Der Angestelltenrat besteht aus 2 Kfz-Mitgliedern und 3 Inorganisierten, der Betriebsrat aus 6 Freigewerkschaftern und 2 Inorganisierten.

Für die Fabrik S, Heimholzstraße, wurde ebenfalls nur eine freigewerkschaftliche Arbeiterratsliste aufgestellt. Gesamtzahl der freigewerkschaftlichen Arbeiterräte 8. Der Angestelltenrat besteht aus 1 Gelben und 4 Inorganisierten, der Betriebsrat aus 6 Freigewerkschaftern und je 1 Gelben oder unorganisierten Angestellten.

Im Hauptgeschäft besteht der Arbeitererrat aus 4 Freigewerkschaftern und 2 Inorganisierten, der Betriebsrat aus 5 Freigewerkschaftern, 4 AdB.-Mitgliedern und 2 AdB.-Leuten. Wenn auch die Mandatsverteilung im Angestelltenrat mit 3 Kfz-Mitgliedern, 4 AdB.-Mitgliedern und 2 Deutschnationalen die gleiche geblieben ist wie im Vorjahr, so haben doch die Kfz-Gewerkschaften ihre Stimmenzahl ganz ansehnlich erhöht. Es erhielten: Kfz 236 (210), AdB. 334 (325) und AdB. 183 (194) Stimmen.

Fortschritt bei der General Motors.

Bei der General Motors herrschte die APD. bisher fast unumschränkt. Nur ein einziger unserer Parteigenossen war Mitglied des Betriebsrats. Die APD. versuchte durch eine Wahlfälschung ihre Liste als die der freien Gewerkschaften auszugeben. Sie erhielt zwar mit 298 Stimmen 4 Sitze im Betriebsrat und 6 im Arbeitererrat noch eine knappe Mehrheit, die jedoch von unseren Genossen stark beantragt wird. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 195 Stimmen und je 3 Sitze im Betriebsrat und im Arbeitererrat. Es fehlten nur 3 Stimmen zu einem vierten Mandat im Arbeitererrat. Die Hakenkreuzler erhielten 38 Stimmen, aber kein Mandat. Auch hier wird das gleichmäßige Arbeiten zum endgültigen Erfolg führen.

Bei der C. Lorenz A.-G., Tempelhof.

bestand der Arbeiterrat bisher nur aus Kommunisten, die von hier aus immer wieder das Wetterleuchten der Weltrevolution aufkommen ließen. Die APD. scheute weder Kosten noch Scham für ihre Flugblätter, um diese Hochburg zu halten. Es galt hier Brüche zu schlagen, und das ist gelungen!

Abgegeben wurden für die freigewerkschaftliche Liste im Hauptwerk 695 Stimmen und in der Bolsonhülle 179 Stimmen, zusammen

874 Stimmen. Die „revolutionäre Opposition“ erhielt im Hauptwerk 1072 und in der Bolsonhülle 276, zusammen 1348 Stimmen.

Damit ist der Bann gebrochen: in den von den Kommunisten gänzlich beherrschten Arbeitererrat kommen noch 9 „Revolutionäre“ und 5 Gewerkschafter.

Die Angestellten gaben 376 Stimmen ab für die freigewerkschaftliche Liste und 105 Stimmen für die AdB.-Liste, so daß der Betriebsrat fortan aus 8 Freigewerkschaftern, 7 „Revolutionären“ und 1 AdB.-Mann besteht.

Aus diesem erfreulichen Ergebnis, das im ersten Anlauf erzielt wurde, ergibt sich für unsere Gewerkschaften die Pflicht, im nächsten Jahre der Gewerkschaftsliste zum vollen Siege zu verhelfen.

Bei Stof, Marienfelde.

wurde diesmal eine Oppositionsliste eingereicht, auf die 373 Stimmen entfielen und damit 5 Mandate im Arbeitererrat und 4 im Betriebsrat. Die freigewerkschaftliche Liste bekam 520 Stimmen und 6 Mandate im Arbeitererrat und 5 im Betriebsrat. Im vorigen Jahre waren auf der freigewerkschaftlichen Liste 4 Kommunisten in den Arbeitererrat gekommen, während die APD. bei der Zersplitterung der gewerkschaftlichen Einheitsfront ein Mandat mehr „erobert“ hat.

Die erste Sitzung des Arbeiterrats mit der Direktion.

Direktor A. fragte die rote Fraktion, wie sie sich zu den Schimpereien in der „Roten Fahne“ vom 3. April und dem Stöckproleten stellt. Der Führer der roten Liste antwortete:

„Herr Direktor, wir sind keine Kommunisten und lesen keine „Rote Fahne“. Von dem Inhalt des „Stöckproleten“ weiß ich nichts, dieser ist ohne unser Zutun gedruckt worden.“

Darauf der Direktor: „Meine Herren, soviel Geist hätte ich Ihnen aber zugestanden, daß Sie Ihre Flugblätter ohne Hebekamme fertigbekommen. Außerdem habe ich mich gewundert, daß man das Organisationsverhältnis im Betriebe durch Flugblätter an die Wände hängt. Früher hat man den Unternehmer darüber im Dunkeln gelassen. Sozial Dummheit ist mit noch nicht vorgekommen.“

Der Fraktionsführer der roten Liste unterzeichnete schließlich folgendes Schriftstück, das am anderen Tage im Betriebe als Bekanntmachung erschien:

„Bei der heutigen Vorstellung des Arbeiterrats erklärt die Fraktion der roten Liste bezüglich der Artikel, welche die „Rote Fahne“ am 3. April 1930 und der am Wahltag verteilte „Stöckprolet“ gedruckt haben, daß sie zu den dort veröffentlichten Mitteilungen nicht steht und sie in vollem Umfang fallen läßt, da sie auf Unwahrheiten beruhen.“

Berlin-Marienfelde, den 12. April 1930.

gez.: Der Obmann der Roten Fraktion.

Wir bringen diese Erklärung hiermit unserer Belegschaft zur Kenntnis.

gez.: R. Stof u. Co., Akt.-Ges., Berlin-Marienfelde.“

Die Folge davon war, daß der Listenfürher der roten Liste zurücktrat.

Die Berliner Baugewerkschaft.

Ihre Erfolge im Jahre 1929.

„Die Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Bauarbeiterbundes ist auch im Jahre 1929 der Fels der Berliner Bauarbeiter gewesen, an dem alle Angriffe der Unternehmer, aber auch alle Anstürme der sogenannten Opposition zerfielen.“

Mit dieser Feststellung schloß der 1. Vorsitzende der Baugewerkschaft Berlin, Genosse Drügemüller, in der Generalversammlung am Mittwoch seine ergänzenden Ausführungen zu dem gedruckten Geschäftsbericht für das Vorjahr. Daß diese Worte keine Uebertreibung sind, beweist der Nachschichtbericht Seite für Seite.

In einer Zeit rapid abfallender Konjunktur mußten die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages für das Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe geführt werden. Wenn diese Verhandlungen sowie die daran anschließenden für den Bezirk zu einem befriedigenden Ergebnis führten, so nur deshalb, weil die Schlagkraft der Organisation durch die Krise nicht beeinträchtigt wurde.

Für die Stukkateure und Gipfer wurde eine Lohn-erhöhung von insgesamt 6 Pf. durchgesetzt, für die Zöpfer um 8 Pf., die Fliesenleger um 10 Pf., die Asphaltreue nach einem zweiwöchigen Streik um 10 Pf., für die Kunststeinverleger um 11 Pf., die Rohrer um 10 Pf. usw. Der von den Unternehmern geplante Abbau der Akkordgrundpreise der Akkordmurer um 30 Proz. konnte fast restlos abgewehrt werden. Ebenfalls auch der in der gleichen Richtung liegende Antrag auf Herabsetzung der Akkordpreise für die Akkordsteinträger. Jedenfalls hat sich

Die Tarifpolitik der Organisation

als richtig erwiesen. Gerade jetzt zeigt sich am deutlichsten, wie falsch eine Tarifpolitik wäre, die nur auf die Zeiten der Hochkonjunktur abgestellt ist. Von der Wehrkraft der Organisation zeugt auch der Aufschwung in der Mitgliederbewegung. Mit einem Bestand von 27 068 Mitgliedern am Schluß des Berichtsjahres verbucht die Baugewerkschaft Berlin 3328 Mitglieder mehr als zu Beginn des Vorjahres. Damit ist der höchste Mitgliederstand der Nachkriegszeit, der im 3. Quartal 1922 mit 26 306 Mitgliedern erreicht wurde, bereits beträchtlich überschritten.

Allen der öffentlichen Appell an alle Berliner Bauarbeiter zur organisatorischen Einigkeit, der von der APD. und dem Kaiserverband in der gemeinsten Art bekämpft wurde, brachte der Organisation durch Uebertritte aus gegnerischen Verbänden einen Gewinn von 556 Mitgliedern. Die ungewöhnlich starke finanzielle Beanspruchung der Organisation durch die anhaltende Arbeitslosigkeit konnte darin zum Ausdruck, daß schon im 1. Quartal des Berichtsjahres fast ebensolch an Arbeitslosen- und Krankentüchtigkeit ausgegeben wurde wie im ganzen Jahr 1928. Insgesamt wurden

765 397 Mark für Kranken-, Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung

ausgegeben, wovon allein 523 056 M. Arbeitslosenunterstützung waren. Der Bestand der Lotalkasse hat sich um 134 560 M. auf 677 038 M. erhöht.

In der zweiten Jahresgeneralversammlung am 7. Mai wird über die Vorschläge zur Neuwahl des Vorstandes entschieden, die jetzt in den Bezirken gemacht werden müssen. Die Bezirke, also damit die Mitglieder, haben dann über die Tätigkeit des Vorstandes zu urteilen.

Die Eisenbahner in Tempelhof.

Protest gegen Abbau.

Über 600 organisierte Eisenbahner waren am Dienstag zu einer Protestversammlung gegen die Abbauarbeiten der Reichsbahn in der Schloßbrauerei in Schöneberg versammelt. Nach einem Bericht eines Mitgliedes des Hauptbetriebsrates und nach lebhafter Aussprache wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die vorgehenden Schließungen und der Personalabbau in den Reichsbahnausbesserungswerken dienen lediglich zum Abstoßen von Reparaturarbeiten an das prüfungsrige Privatunternehmertum, um den Reichsbahnbetrieb völlig zu privatisieren.“

Die Ortsverwaltung wird ersucht, auf den Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands einzumirken, nichts zu unterlassen und erneut mit der Reichsbahnhauptverwaltung zu verhandeln, daß die halbe Stunde für die Ausbesserungswerte und eine ganze für den Betrieb täglich eingepart wird, um die ungeredfertigten Entlassungen zu unterbinden.

Bei diesen Verhandlungen muß immer wieder auf die Verschwendung von Millionen und aber Millionen Mark für Leistungszulagen hingewiesen werden sowie auf die unerhört hohen Gehälter von 300 bevorzugten leitenden Beamten und auf die Aufwendungen für Sportvereine und Bahnschmuck.

Von den Funktionären und Mitgliedern des Einheitsverbandes wird verlangt, daß sie sämtliche Inorganisierte auffordern, mit der Arbeitskraft hauszuhalten und jede Ueberstunde abzulehnen, bis normale Arbeitsverhältnisse bestehen.“

Der Verlauf der Versammlung zeigte den festen Willen der organisierten Eisenbahner, den Angriff der Reichsbahn-Gesellschaft auf ihre Arbeitsbedingungen mit allen Mitteln abzuwehren. In voller Einmütigkeit stellten sich die Versammelten hinter die von der Organisation und den Betriebsvertretungen vorgeschlagene Resolution, und sie brachten auch teilweise recht drastisch ihre Unwillen zum Ausdruck über die Verräterrolle der APD. Diese hat sich nämlich nicht getraut, in ihrem sogenannten „Roten Eisenbahner“ die Maßnahmen, die der Betriebsrat zum Schutze seiner Kollegen durchführte, öffentlich zu denunzieren. Ihr war es sicherlich unangenehm, daß es das Geschick der Betriebsräte verbanderte, Arbeitsbrüder trotlos zu machen. Die überfüllte Versammlung war sich auch darüber einig, daß in diesem Betriebsratswahlkampf den sogenannten „roten Betriebsräten“ die gehörige Quittung ausgestellt wird.

Klare Front der Berliner Chemigraphen.

Für APD. Parolen ist kein Raum.

Im dem an sich verhältnismäßig kleinen, aber festgefühten Verband der Lithographen und Steindruckere ist für die gewerkschaftsfeindlichen Parolen der APD. kein Raum. Die wenigen kommunistischen Mitglieder dieser Organisation waren nicht „Linientreu“ genug, um die Befehle der Moskauer Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus gegen den Verband auszuführen. In der Chemigraphen-Gruppe ist es der kommunistischen Gewerkschaftszentrale nimmer gelungen, in das bisher still plätschernde Oppositionswässchen etwas Bewegung zu bringen. Das Mitglied der Gruppenleitung der Chemigraphen Durniak hat entgegen den Beschlüssen und Richtlinien des Leipziger Gewerkschaftskongresses und der Verbandsinstanzen im Scherbetriebe auf der „roten“ Betriebsratsliste kandidiert und ist demzufolge aus dem Verbande ausgeschlossen worden.

Dieser Vorfall führte zur Einberufung einer Chemigraphenversammlung, die Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus bei starkem Besuch abgehalten wurde, um die Wahl eines Ergänzungsmitgliedes zur Gruppenleitung für den ausgeschlossenen Durniak vorzunehmen.

Der Vorsitzende der Gruppenleitung der Chemigraphen, Hehr, beleuchtete kurz den „Fall“ Durniak, der in der gesamten Organisation des Verbandes der Lithographen und Steindruckere einzig dasteht. Er verurteilte auf das schärfste das Sondergehende Durniak und wandte sich entschieden gegen die Versuche der APD., den Klassenkampfbegriffen so ungebunden, daß die Gewerkschafter, die politisch nicht übereinstimmen, sich als „Klassengegner“ betrachten sollen.

Die Ausführungen des Gruppenleiters klangen aus in den Appell, nicht die bisher vorbildliche Einheit der Chemigraphen-Gruppe zu zerbrechen, wovon lediglich die Unternehmer einen Nutzen hätten. Trotzdem in der anschließenden Diskussion über den Fall Durniak die Meinungen oftmals scharf aufeinanderprallten, muß anerkannt werden, daß sich das Ausreten der „Opposition“ vorteilhaft von der Form unterschied, die sonst in manchen Gewerkschaften in die Erscheinung tritt.

Mit übergrößer Mehrheit entschied sich die Versammlung dafür, nicht nur die Ergänzungswahl für das ausgeschlossene Mitglied der Gruppenleitung vorzunehmen, sondern die gesamte Gruppenleitung paritätisch zusammenzusetzen, die bisher aus drei Parteikommunisten nebst einem Sympathisierenden und dem parteipolitisch neutralen Gruppenleiter bestand. Gegen eine geringe Minderheit wurde die Gruppenleitung aus dem unparteiischen Gruppenleiter Hehr, den beiden Mitgliedern der SPD, Kitzsche und Bape, sowie dem Parteikommunisten Mengler und dem Sympathie-Kommunisten Harzig zusammengesetzt. Damit ist in der Chemigraphen-Gruppe eine klare Entscheidung gefallen, die den Weg freimacht für eine zielklare, positive Gewerkschaftsarbeit.

Bei Leineweber geht der Kampf weiter. Die beteiligten Gewerkschaften wenden sich mit einem Aufruf (siehe Anhang) an die wertvolle Bevölkerung mit der Bitte, gegenüber den ausgeschlossenen Solidarität zu üben.

Die Elektromonteur und Helfer der Firma Gofat, Linnarth, 5/6, befinden sich seit Mittwoch im Streik, um den Abschluß eines Manteltarifvertrages zu erreichen. Zutrag ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Leipziger Tapezierer gehen seit dem 16. April im Streik. Die dortigen Unternehmer versuchen nun, Arbeitskräfte aus Berlin zu erhalten. Wir warnen daher vor Arbeitsaufnahme und erziehen besonders die Ueberbeteiligten, keine Montagearbeit für Leipzig anzunehmen, da es sich nur um Streikarbeit handeln kann.

Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Gruppe Roskötter: Treffen zur Dienstzeit um 7 1/2 Uhr am Potsdamer Bahnhof.
Verantwortlich: Dr. Volpert, Dr. Gust Geier, Vorsitz: G. Ringelshier, Gewerkschaftsbewegung: J. Böhmer, Schulfragen: R. G. Böhmer, Kofales und Schmitts Reichsarbeit: Kofales, 14. Straße: Grotlich in Berlin, Berlin: Germania-Berlin, G. m. b. H., Berlin, Druck: Grotlichs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtstraße 2, hierzu 3 Beilagen, „Stachtheimer“, „Unterhaltungen und Witzchen“ und „Bild in die Arbeiterwelt“.

Musiker Orchester und einzelne

Weidendamm 0017 :: 9-21 Uhr

Schauspieler und Hausierer

Die Geschichte eines alten Vaganten

An der Tür draußen steht ein Hausierer. Diesmal ist's einer, der es mit Visitenkarten versucht. „Alter erwerbsloser Schauspieler. Diese hingemurmelten Worte und das zerlungte Schauspielergesicht erwecken Interesse. Es bedarf keiner zweiten Auf-forderung, um dem alten Mann die Zunge zu lösen. Die Bestellung, die ihm vielleicht eine Mark einbringt, genügt, um sein Vertrauen zu gewinnen.

Er erzählt: Ich bin ein Theaterkind, spielte immer kleine Rollen, habe bei Schmierern gespielt und viele Fleiten mitgemacht. Meine Mutter, damals am Alexanderplatztheater in Berlin, hatte zum zweiten Male geheiratet. Mein Stiefvater trat mich mit Hühen und Hage, er wäre nur der Gatte meiner Mutter und nicht mein Papa. In Zürich, wo meine Mutter ein Engagement angenommen hatte, lief ich mit 13 Jahren von Hause weg zu einem Schlosser in die Lehre; nach sechs Wochen sollte der Lehrvertrag von meiner Mutter unterzeichnet werden, die mich schon in der ganzen Schweiz von Gendarmen hatte fuchen lassen. Der Vertrag wurde unterzeichnet und ich blieb drei Jahre in der Lehre. Nach den damaligen Junkt-norschriften durfte ein ungelerner Lehrling nicht als Gefelle be-halten werden. Ich mußte auf die Wanderschaft, bekam Ungezieser, Mutter schickte Kleider und Wäsche. Darauf arbeitete ich in Augs-burg und Nürnberg als Fabriktschlosser, in Düsseldorf als Kranführer in einer Schiffsmaschinenfabrik. Kam auf Mutters Karoten nach Lübeck, wo ich im dortigen Theater als Choränger und Statist auftrat, zur selben Zeit als der große Otto Sommerstorf seine ersten Erfolge hatte. In London war ich als Opern-Inspektor an der deutsch-französisch-italienischen Oper am Covent Garden tätig. Einmal sah ich in einem Schaufenster eine Dame, die aus Doublé-Draht Trilligranbrochen herstellte. Das gefiel mir. Ich machte es nach und nach monatelanger Werbung belieferte ich das ganze Theaterpersonal mit solchen Brochen. Als ich mein Engagement verlor, ging ich nach Berlin und es gelang mir, im Café Scandinavia in der Friedrichs-straße gegen mäßige Pachtzahlung für die Gäste solche Brochen herzustellen. Davon lebte ich drei Jahre. Dann gab es wieder ein kleines Engagement am Theater des Westens. Mit einem Vorkuß von 100 M. besuchte ich die Pariser Weltausstellung, wo ich eben-falls meine Brochen vorführen wollte. Habe aber kein Glück und war bis auf den letzten Franken abgebrannt; Uhr und Ring wurden verpfändet, um die Hotelrechnung zu bezahlen. Ich beschloß, für meinen letzten Franken Visitenkarten zu kaufen und sie an der Seinebrücke am Place de la République den Passanten anzubieten. Damit ver-diente ich aber so wenig, daß ich mich nicht einmal fetteffen konnte und in meiner Not warf ich das ganze Paket Visitenkarten in die Seine. Ein glücklicher Zufall führte mich in den Deutschen Spaten-bräu-Palast in der Pariser Ausstellung. Sah bei einem Glas Bier, da klappt plötzlich jemand auf meine Schulter und sagt: „Karl, was machst denn du hier?“ Ein alter Schulkamerad war es, der in diesem „Bierpalast“ als Wechthausführer angestellt war. Durch seinen Di-rector bekam ich die Erlaubnis, im Hotel meine Brochen anbieten zu dürfen. Nur warnte es den Direktor, daß ich das verdiente Geld nicht bei ihm, sondern nebenan in einer französischen Kantine verzehrte. Als ich ihm erklärte, daß es dort bedeutend billiger sei, verbot er mir den Besuch der Kantine und ließ mir Anweisung auf das Kelleressen geben. So ersparte ich eine Menge Geld. Nach Berlin zurückgekehrt, spielte ich kleinere Rollen am Theater des Westens, in den folgenden Jahren in Königsberg, Altenberg, Koenal, Riga und in der Schweiz. Drei Jahre nach dem Krieg machte ich einen Bijouterie-Laden in der Chausseestraße in Berlin auf. Einiges Tages wurde ich da von einer großen Samenhandlung ausgemietet, haufierte nun mit Feuerzeugen, denn mit dem Schauspielern war

nicht mehr viel los, da ein Theater nach dem andern geschlossen wurde und viele hundert engagementslose Schauspieler herumliegen. Nun bin ich Reisender für Visitenkarten, der Verdienst ist lächerlich, aber die Aussicht auf eine kleine Rolle in einem neuen Stück „Die Straße“, das demnächst in Berlin herauskommt und wobei ich für ein bis zwei Monate 300 M. pro Monat verdiene, läßt alles er-tragen. Mit dem ersparten Geld bereife ich dann wieder die großen Ausstellungen wie die Hygiene-Ausstellung in Dresden und die Stockholmer Ausstellung, um meine Brochen an den Mann zu bringen.

Das Gesicht der Landstraße



Die Weltstadt Berlin mit ihrer Riesensfläche von annähernd 900 Millionen Quadratmetern weist an der Peripherie jene schönen, langgestreckten Straßen auf, die sich ihren ländlichen Charakter noch völlig erhalten haben. Unser Bild zeigt eine solche Allee in der Nähe von Pichelsdorf. Noch ragen die Bäume kahl in die Luft, aber schon zeigen sich die ersten grünen Knospen. Sehr bald wird die Allee ihr erstes Gesicht verloren haben und die hohen, schlanken Bäume werden ihr Frühlingskleid anlegen. Achtlos gehen wir meist an diesen Baumreihen vorüber, um plötzlich ihre ganz besondere „Schönheit“ zu ent-decken, die ihnen selbst in Winter und im grauen Vormärz erhalten bleibt.

Zwei Städte in Flammen.

Zwölftausend Menschen auf den Philippinen obdachlos. — Explosion eines Dynamitlagers.

London, 17. April.
In Sagay auf den Philippinen wütet seit 36 Stunden ein Großfeuer, das sich nun auch auf die Stadt Fabricia ausgebreitet hat. 12 000 Personen sind obdachlos geworden. Man befürchtet, daß die Zahl der bei dem Brand ums Leben gekommenen Personen sehr groß sein wird. Das Feuer brach in einem Holzlager aus und breitete sich mit großer Ge-schwindigkeit aus, obwohl sich sofort Hunderte von Per-sonen an den Löscharbeiten beteiligten. Als die Flammen ein Dynamitlager erreicht hatten, bemächtigte sich der Bevölkerung eine Panik. Die Explosion des Dynamitlagers erschütterte die ganze Stadt. Brennende Holzteile wurden nach allen Richtungen ge-schleudert und übertrugen das Feuer auf die Stadt Fabricia.

Berlins neue Großtat.

Die Streda Gesundbrunnen-Neukölln ab heute in Betrieb.

Die heute erfolgende Inbetriebnahme der neuen Untergrund-bahnstraße Neanderstraße-Gesundbrunnen, die eine direkte Verbindung zwischen den dicht bevölkerten Bezirken Neu-kölln und Wedding auf schnellstem Wege schafft, wird von der Berliner Arbeiterschaft als eine neue kommunalpoli-tische Großtat anerkannt und begrüßt. Wie haben bereits in unserer gestrigen „Abend“-Meldung auf die hohe Bedeutung der neuen Linie hingewiesen. Die Fertigstellung der GR-Bahn in einer Zeit, in der Berlin unter höchster finanzieller Not und schwersten Erschütterungen zu leiden hatte, ist ein Beweis für die unbeugsame Tatkraft dieser Riesensiedlung der Arbeit.

Von besonderem Interesse ist, daß der Gedanke einer elektrischen Schnellbahn vom Gesundbrunnen über den Alexanderplatz bereits vor 25 Jahren erdogen wurde. Damals wollte man eine Schwebbahn, ähnlich der in Elberfeld-Barmen bauen. Dieser Plan scheiterte, aber 1913 begann die UEG eine unterirdische Schnellbahn in Angriff zu nehmen. Infolge des Krieges kam der Bau zum Stillstand, mit Ausnahme der Spreuerunterführung. 1926 übernahm dann die Stadt die weitere Fortführung und endgültige Fertigstellung des bedeutsamen Projektes.

Für die Stromversorgung der GR-Bahn sind die drei Umformerwerke Hermannplatz, Alexanderplatz und Panitzstraße errichtet worden, die von der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A.-G. mit Drehstrom von 6000 Volt 50 Herz ver-sorgt werden. Die in diesen Umformerwerken aufgestellten Groß-gleichrichter von zusammen 17 500 Kilowatt wandeln den Drehstrom für den Bahnbetrieb in Gleichstrom von 780 Volt um. Ferner liegt auf der GR-Bahn ein sogenanntes Rücklichtkabel, das von den in den Unterwerken untergebrachten ständig aufgeladenen 230-Volt-Batterien gespeist wird. An dieses Kabel ist ein Teil der Bahnsteig-beleuchtung und die Hälfte der Tunnelbeleuchtung angeschlossen, so daß selbst beim völligen Ausbleiben des Stroms der städtischen Elek-trizitätswerke und der dadurch bedingten Stilllegung des Betriebes eine hinreichende Beleuchtung der Bahnanlage für die Dauer von etwa 1 Stunde gewährleistet ist.

Die Baukosten der 10,2 Kilometer langen GR-Bahn vom nördlichen Endpunkt in der Badstraße, Ecke Grünhalsler Straße, bis zum südlichen Endpunkt in der Hermannstraße, Ecke Reinestraße, werden ohne Hinzurechnung der für Kraftwerke, Betriebsmittel und Grundstücke aufgewendeten Kosten rund 128 Millionen Mark betragen, das sind rund 12,5 Millionen Mark pro Kilometer.



„Nun, was wollen Sie noch. Das Ungeheuer hatte mich eben überfallen.“
„Und —“
„Sie sprechen mit einer Dame, Herr Jakobson!“
„Nahm er Ihnen bei dieser Gelegenheit den Schlüssel oder nicht?“
„Ob er mir den Schlüssel nahm? Er erstickte mich fast mit seinen Küssen. Wenn ich ihm den Revolver nicht ent-wunden hätte, wenn ich mich nicht geweckt hätte bis zum Leuchterfenster und ihn mit vorgehaltener Waffe bei der Fährte abgefeht hätte — ah Gott, Herr Untersuchungsrichter, zwingen Sie mich nicht, diese Szene zu schildern. Die Erinnerung daran verpestet meine Nächte. Ich lebe von Betäubungs-mitteln. Oh Gott, oh Gott, wie Sie mich quälen!“
„Wir wollen das Verhör abbrechen, Gräfin. Es tut mir leid, das alles wieder in Ihnen wachgerufen zu haben. Nur eine Frage gestatten Sie mir noch: hatten Sie damals den Schlüssel bei sich oder nicht?“
„Schon möglich. In meiner Handtasche.“
„Und diese Handtasche?“
„War verschwunden, als ich in Søndrup mein Auto verließ.“
„Ich danke Ihnen, Gräfin. So wenig erquicklich diese Viertelstunde für Sie auch gewesen sein mag. Sie werden einsehen, wie notwendig es für das Gericht war, auf Ihrer Einnahme zu bestehen.“
„Einen Augenblick noch, Herr Untersuchungsrichter. Be-kommt Fräulein Birgit Hasting auch solch ein Protokoll in die Hand?“
„Da sei Gott vor!“
„Dann will ich Ihnen nur noch sagen, lieber Freund, daß ich, daß ich —“
(Die Einnahme bricht ab, da die Zeugin in eine tiefe Ohnmacht verfallen ist. Aus diesem Grund wird auch ein-stweilen auf ihre Unterschrift verzichtet.)
Schloß Arefund, 29. Juni 1929, gez. H. S. Jakobson.

Dagens Nyheder, Kopenhagen, 30. Juni 1929:
Was werden wir noch alles erfahren?
Das kleine Dynd eine Brutstätte teu-licher Greuel.
(Eigenbericht.)
Dem gewissenhaften Berichterstatter fällt es diesmal wirk-lich schwer, seine Pflichten dem Leser gegenüber zu erfüllen. Wer die letzte Woche auf der anmutigen kleinen Insel ver-bracht und sich ein klein wenig das Vertrauen der verstreuten Bevölkerung zu erwerben vermocht hat, der möchte am liebsten die Feder wegwerfen, für immer wegwerfen, um nicht aufdecken zu müssen, was sich der sanften Oberschicht eines ordentlichen bürgerlichen Alltagslebens alles verbergen kann.
Aber das wäre verfehlt. Beinahe so verfehlt, wie das Verhalten gewisser zuständigen Stellen, denen ihr Amts-schimmel wichtiger ist, als pulsierendes Menschenleben. und die durch nichts zu bewegen sind, ihr bürokratisches Tempo auch nur ein klein wenig zu beschleunigen. Da wird vorge-laden und protokolliert, die überflüssigsten Leute werden ein-genommen, während die wahren Zeugen kaum gehört, ge-schweige denn gerufen werden.
Und was gibt es nicht alles für Zeugen, oder vielmehr — sagen wir es gerade heraus — Zeuginnen! Weinend ver-grub erst gestern ein dreizehnjähriges junges Kind sein Köp-fchen in meinem Schoß. Ich war die erste, der die Kleine ihren Schmerz anvertraute, denn vor mir war natürlich noch kein Mensch auf die Idee gekommen, sie wegen ihres verstörten Aussehens zu befragen. Nicht einmal die eigenen Eltern fanden es der Mühe wert, der Sache nachzugehen, im Gegen-teil, die Vogelstraußpolitik, die diesmal ja auch von den Be-hörden geradezu vorbildlich betrieben wird, macht nicht halt vor dem eigenen Fleisch und Blut.
Wohin soll das führen? Was werden wir nicht alles erfahren? Was wird nicht alles an den Tag kommen, wenn Amtsrichter Bessel, den sein schweres Leiden immer noch in Italien zurückhält, endlich wieder seinen Platz zu Hause ein-nimmt?
Protokoll
aufgenommen mit der Zeugin Mette Fredriksen.
„Frau Fredriksen, Sie sind schon wieder um mehr als eine Stunde zu spät gekommen. Ich verhängte über Sie eine Ordnungsstrafe von zehn Kronen.“
„Schon gut, da haben Sie.“
„Lassen Sie das, zum Donnerwetter! Sie werden mir

doch das Geld nicht in die Hand drücken wollen . . . Lassen Sie, lassen Sie, das hat Zeit.“
„Dann weiß ich nicht, wie ichs Euch rechtmachen soll.“
„Ich habe Sie vorgeladen, um Sie noch einmal auf Herz und Gewissen zu befragen, ob Sie bei Ihrer ersten Aussage beharren, oder ob Sie uns inzwischen etwas anderes mit-zuteilen haben?“
„Ich hab nichts anderes mitzuteilen.“
„Sie behaupten also auch weiterhin, daß Rist am Abend des 11. von ungefähr von halb neun Uhr an Ihr Haus nicht mehr verlassen hat.“
„So wahr mir Gott helfe.“
„Dann hat Rist gelogen.“
„Herr Rist lügt nie.“
„Herr Rist hat uns aber mitgeteilt, daß er an diesem Abend doch nicht die ganze Zeit zu Hause war.“
„Dann ist er verrückt!“
„Wie — wie meinen Sie?“
„Daß er verrückt ist. Und ist das ein Wunder? Da kann einer ja nicht seinen Kopf behalten, wenn er den ganzen Tag so ausgefragt wird. Das ist ja keine Gerechtigkeit nicht. Das ist Tortur, so wie im Mittelalter.“
„Frau Fredriksen, möhigen Sie sich.“
„Und so ein feiner, lieber Mensch! Keiner Fliege hat er was zuleide getan. Das ist zu arg. Ich laß es nicht länger zu. Ich fahr nach Kopenhagen. Ich geh zum König.“
„Schaun Sie, liebe Frau Fredriksen, ich begreife ja gut, daß Ihnen das alles so nahe geht. Sie sind ja nicht die ein-zige, die Herrn Rist in ihr Herz geschlossen hat —“
„Richter Jakobson, Sie sind ein junger Mensch, und ich bin eine alte Frau, und wenn Sie mich jetzt auf der Stelle ins Gefängnis stecken, mir haben ja schon so dreidige Befehle in Dänemark, das ich erst jetzt —“
„Frau Fredriksen!“
„Und wenn Sie mich auf der Stelle ins Gefängnis stecken, und meinthalben zehn Jahre lang, ich sag's, was ist, das, was Sie jetzt gemeint haben, ist eine gattverfluchte Schweinerei.“
„Um Himmelswillen, Frau Fredriksen, ich schließe auf der Stelle das Verhör.“
„Sie können schließen oder nicht, ist mir ganz egal. Aber da war gestern erst dieses vermaledeite Frauenzimmer, diese Zeitungsdirektorin, bei mir, keine Ruhe hat sie gegeben, bis ich sie hereingelassen hab, und die hat daselbe zu mir gesagt. Und wenn ihr alle schon so schmierige Gedanken hobt, daß ihr einer alten Frau, die seit zehn Jahren um ihren Jungen weint —“
(Fortsetzung folgt.)

Wieder Siedlungsschwinder.

Der Herr „Generaldirektor“ des Heimstättenbundes.

„Generaldirektor“ Terhorst, der Gründer des Heimstättenbundes Halle, ist verhaftet worden. Als Gummibandreisender kam der frühere Zuchthausler Terhorst im Oktober 1927 nach Halle. Begünstigt durch die große Wohnungsnot, warb Terhorst für seine Siedlungsgesellschaft durch Vorpiegelung solcher Tatsachen zahlreiche Mitglieder. Der Verein verwandelte sich in eine Genossenschaft, der Gummibandreisende wurde Generaldirektor. In ganz Mitteleuropa machte die seltsame Gesellschaft Propaganda. Auch Tochtergesellschaften wurden gegründet. Sogar eine eigene Bank, die Spar- und Kreditbank G. m. b. H., Halle, wurde zur Finanzierung der Pläne errichtet. Die Mitglieder der Genossenschaft — ihre Zahl stieg auf 450 000, hatten 50 M. Anteil einzuzahlen.

Tatsächlich wurden auch eine Anzahl Häuser gebaut. Die besten Stellen gewährten dem Heimstättenbund sogar Hypotheken. In der Mitte des vorigen Jahres traten bereits Zahlungsschwierigkeiten ein. Nachdem zahlreiche Unternnehmer sich geweigert hatten, für die Gesellschaft weiterzuarbeiten, wurden die Mitglieder ruhig, ließen sich jedoch zunächst durch Ausflüchte Terhorsts hinhalten.

Zu dem großen Skandal kam es am 2. März dieses Jahres, als sich bei der Generalversammlung der Spar- und Kreditbank Halle herausstellte, daß Terhorst große Schwundeleien verübt hat, indem er einen Teil der eingezahlten Gelder in seine Tasche hatte stecken lassen. Er wurde fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft stellte bisher 160 000 Mark Verlust fest. Es ist fraglich, ob der Heimstättenbund seine Tätigkeit fortsetzen kann.

Brünings „Erfolge“ wirken sich aus.

Die Flasche Bier zwei Pfennige teurer.

Am Donnerstag wurde der neue Preis für Flaschenbier vom Verein der Brauereien Berlins und Umgegend festgesetzt. Die Erhöhung ist derart bemessen, daß der neue Wiederverkaufspreis 22 Pfennig statt bisher 20 Pfennig für die Flasche betragen wird.

Der große Kunstraub in Madrid.

Neue Mitteilungen der spanischen Behörden.

Der große Kunstdiebstahl in der Nationalbibliothek in Madrid hat zur Festnahme des Antonio Lopez geführt. Der Mann ist in der Tat Bibliothekar und hat seine Stellung zu den Diebstählen mißbraucht. Wie aus Madrid weiter gemeldet wird, hat man bei einer Revision in der Bibliothek auch noch das Fehlen von 32 wertvollen Büchern festgestellt, die Lopez vermutlich ebenfalls beiseite gebracht hat. Vor seiner Verhaftung, die er allem Anschein nach nicht ohne, hatte Lopez noch zwei Sendungen an den Berliner Kunsthändler auf den Weg gebracht. Die eine traf am Dienstag, die letzte am Donnerstag ein. Wieder waren es wertvolle Stücke, am Dienstag 3, am Donnerstag sogar 44 Stück, alles von Rembrandt. Es handelt sich dabei um Doubletten der früher bereits aufgeführten Kunstwerke. Es wurde schon erwähnt, daß der Kunsthändler auf der Rückseite der ihm übergebenen Stücke einen sorgfältig ausgearbeiteten Stempel entdeckt hatte. Mit chemischen Hilfsmitteln ist es jetzt gelungen, die Stempel wieder so weit sichtbar zu machen, daß man den ursprünglichen Ausdruck lesen kann. Danach stammen alle die Radierungen und Stücke aus dem „Sammlung Carabera“, dem Besitz einer vornehmen spanischen Familie, die sie im Jahre 1807 der Nationalbibliothek schenkte. Der Bücherdiebstahl des ungetreuen Bibliothekars löst die Vermutung aufkommen, daß er die Werke ebenso wie die Radierungen einem Berliner Sammler oder Händler angeboten, vielleicht sogar überhandelt hat. Wer nach dieser Richtung hin aufklärende Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Thomas, Dienststelle B 3 im Polizeipräsidium zu melden.

Die Flucht aus dem Russenparadies.

Wieder 350 Deutschrussen nach Südamerika eingeschifft.

Hamburg, 17. April.

Mit dem Hapagdampfer „General Belgiano“ trafen heute weitere 350 Deutschrussen die Reise nach Südamerika an. Es handelt sich um Flüchtlinge aus dem Lager Münn, die zunächst nach Buenos Aires und von dort mit Sonderdampfer nach ihrer zukünftigen Heimat Paraguay fahren werden.

Ostergeschenk für die Neuköllner.

Gutsparf Brig als Erholungsstätte für alle.

Nachdem im Vorjahre der Magistrat, den Wünschen der Bevölkerung entsprechend, die Freigabe des früheren Gutsparfs Brig in Aussicht gestellt hatte, sind vom Neuköllner Gartenamt die Arbeiten nunmehr so weit gefördert worden, daß die Eröffnung und Uebergabe an die erholungsuchende Bevölkerung noch zu Ostern erfolgen kann.

Obwohl der alte, schöne Park mit seinem wundervollen Baumbestand in seinem bisherigen Zustande schon für Erholungszwecke geeignet war, so mußten doch noch kleinere Arbeiten ausgeführt werden, um ihn in einen öffentlichen Park umzugestalten. Die Unterpflanzungen wurden gelichtet, teilweise ergänzt und die Parkwege ausgebessert. Außerdem wurde der Obst- und Gemüsegarten durch einen Drahtzaun abgegrenzt und Parkbänke aufgestellt. Der Eingang zum Park liegt an der Parkstraße in Brig. Er ist entsprechend vergrößert worden. Vom 20. April 1930 ab gilt der Park als öffentliche Grünanlage und ist bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Die Anlage wird dem Schutze der Bevölkerung besonders empfohlen.

Rücknahme Buch Alt-Berlin. Mit Rücksicht darauf, daß zu Ostern viel Fremde in Berlin weilen, beantragt das Polizeiamt Schöneberg auch am Ostermontag eine Wahrung unter der berühmten Leitung des Schriftstellers Georg Meißner, Treffpunkt: 10½ Uhr auf dem Spittelmarkt. Auszug: Untergrundbahn, Teilnahme 50 Pfennig.

Die „Kassellbande“ auf dem Falke

Was die Mannschaft über das Revolutionsgeschiff berichtete.

Hamburg, 17. April.

Der 7. Verhandlungstag brachte weitere Vernehmungen der Mannschaft des Dampfers „Falke“, soweit sie sich zur Zeit nicht auf See befindet. Die Staatsanwaltschaft hat den Zeugen Jucal noch einmal vor Gericht zitieren, um feststellen zu lassen, ob es sich bei der ominösen Brillantnadel um diejenige handelt, die Kölling in Port of Spain an sich genommen hat. Der Zeuge erkennt sie als solche wieder. Kapitän Zippitt, der vorgestern ihre Identität bestritt und behauptete, er habe mit dem Original Glas geschliffen, sie müsse also echt gewesen sein, bleibt bei seiner früheren Behauptung, gibt jedoch die Möglichkeit eines Irrtums zu.

Waffenmeister Jucal wird entlassen und der erste Ingenieur Bothe tritt in den Saal. Er ist 52 Jahre alt und auf dem „Falke“ leitender Ingenieur gewesen. Der Zeuge sagt unter Eid etwa folgendes aus: Er ist am 21. Juni in Hamburg angemustert worden für Jost Hamburg—Danzig und dann weiter für die Orber. Bothe war zugegen, als in Odingen die Mannschaft wegen Verdoppelung der Heuer mit Preusslau u. Co. etwa 20 Minuten lang verhandelte. Die Leute sind beruhigt worden mit den Worten: Die Sache ist absolut einwandfrei. Bis Cumana bestand für ihn keinerlei Anlaß zur Benützung, selbst bei Blanquilla und Negroes Point noch nicht. Auch Bothe wurde gefragt, und zwar vom Kapitän Zippitt, ob er in venezolanische Dienste treten müsse gegen eine Heuer von 600 Dollar monatlich. Diese sieht er als normal an und gibt zu, sich bereit erklärt zu haben, bei del Gado zu bleiben. Auch Bothe hat in Trinidad einen Bericht veröffentlicht, um die Interessen der Reederei wahrzunehmen. Er will es getan haben, weil er es für absurd ansah, daß eine englische Behörde (in Port of Spain) sich das Recht anmaßte, einen deutschen Kapitän abzufeuern.

Der Vorsitzende versucht nun, Widersprüche aufzuklären, die zwischen dem erwähnten Bericht und der heutigen Aussage bestehen. Da verabredungsgemäß im ersten Hafen, also Blanquilla, die Ladung gelöscht werden sollte,

welgte sich hier die Mannschaft, noch weiter zu fahren.

Del Gado versprach dann erneut hohe Befehlungen, die am 19. August ausgeführt werden sollten. Nur dadurch hat die Mannschaft sich zu weiterer Arbeitssleistung an Bord bewegen lassen. Gewundert hat sich Bothe über verschiedenes, aber er hält es für ausgeschlossen, daß die Besatzung sich gegen del Gado und seine Leute durchsetzen konnte.

Der nächste Zeuge ist der Matrose Baumgärtel. Er erzählt: Wir sind von der Hamburger Feuerstelle angemustert worden für eine Filmgesellschaft auf die Dauer von zwei Jahren. Auf diesen Leim sind wir ja dann auch geruht, weil uns überall gefagt wurde: Na, das ist richtig. Fortfahrend schildert er das über die fonderbaren Passagiergesprächchen schon in Hamburg entstandene Mißtrauen. Mit dem Matrosen Knache zusammen hat er sich Gewissheit verschaffen wollen, es glückt ihnen aber nicht. Man glaubte zunächst, es seien die Apparate. Del Gado bezeichnet Baumgärtel als einen ernsthaften, zuverlässigen, vertrauenswürdigen Menschen. „Die andere Kassellbande aber taugte gar nichts!“ Da sie bewaffnet waren bis an die Zähne, fühlte sich ihnen die Mannschaft wehrlos ausgeliefert. Zum Essen wurde Signal ge-

blasen. Es ging auf dem Schiff zu wie in einer Kaserne. Es ist der Mannschaft ausdrücklich gesagt worden: „Ihr habt nur die Passagiere an Land zu setzen, damit ihr eure Arbeit getan!“ Nach Aufsicht Baumgärtels würde es unter Umständen ein leichtes sein, die Mannschaft zu bewaffnen, aber es lag eigentlich kein Anlaß dazu vor; denn zunächst wurde ja Unrecht nicht verlangt. Wohl aber traut er den Insurgenten zu, daß sie jeden niedergeschossen hätten, der es wagte, ihre Pläne zu durchkreuzen. Del Gado sei bestimmt Herr des Schiffes gewesen. Zippitt habe sich ihm in allen untergeordnet. Bei Cumana erhielt die Deckmannschaft Befehl, mit ins Boot zu gehen. Er habe sich hierbei nichts gedacht, weil das zu seinen Pflichten gehört. Als alter Marineoffizier hatte er aber Kunde geübt. Da kein Befehl lautete, das Boot an Land zu rudern, durfte er sich nicht weigern. Er hatte seine Pflicht zu erfüllen und Passagiere an Land zu setzen. Die Boote sollten sofort wieder zurückfahren.

Der Vorsitzende fragt: Wieviel Cognac sahen Sie bei der Landung vor sich?

Zeuge: Sie waren ja auch so schlau, daß Sie sich nicht sehen ließen, aber fünf Zollbeamte können eine solche Schieberei, wie sie dort gemacht wurde, ganz bestimmt nicht ausführen. Es sollen auch noch zwei Flieger über Cumana gekreuzt und später einen holländischen Schoner mit Bomben belegt haben. — Baumgärtel hielt sich mit seinem Boot in der Nähe der Landungsstelle auf, um seine an Land gegangenen Kameraden zu erwarten, bis er plötzlich den „Falke“ abdampfen sah. Es gelang ihm mit genauer Not, noch das Schiff zu erreichen. Auf eine Frage des Referenten sagt der Zeuge:

Hätten wir gewußt, daß wir Revolutionäre überbrügten sollten, dann wäre bestimmt keiner von uns gefahren.

Zeuge Schiffmann Dollmeyer sagt über die Ausmusterung daselbe wie die ersten Zeugen. Von wem das Gerücht über die Filmexpedition gekommen ist, weiß er nicht. Er kann auch über die Munitionsladung nichts sagen, weil er zur Zeit der Uebernahme an Land gewesen ist. Unterwegs hat auch dieser Zeuge sich ständig bewacht gefühlt und immer unter Aufsicht gestanden.

Die weiter vernommenen Mitglieder der Besatzung schildern im allgemeinen die Vorgänge an Bord des „Falke“ und bei der Landung wie die anderen Zeugen.

Paul Weffels, Bäcker und Kochmoot des „Falke“, weiß auch nichts Besonderes zu sagen. Er war ängstlich wegen der gefährlichen Ladung; hat sich aber ebenso wie die anderen beruhigt. Anlässlich der „Flottenparade“ hat Zippitt Orden und Ehrenzeichen angelegt und begeistert mitgeföhert. In Venezuela wollte der Zeuge nicht bleiben, denn er habe ja gar nicht gewußt, was dort los war. Zippitt sagte ihm damals wörtlich: Bäcker, daß ich manchmal etwas grob war, dürfen Sie mir nicht nachtragen, das bringt mein Beruf so mit sich, aber wenn Sie bei mir bleiben (in Venezuela dienen), dann haben Sie es gut. Der Zeuge wollte aber trotzdem nicht bleiben. Jede Verabredung unter der Mannschaft stellte er entschieden in Abrede.

Die Verhandlung wird darauf auf Sonnabend vertagt.

Die Panke wird neu unterführt.

Zwischen Karow und Buch.

Im Zusammenhang mit der von den städtischen Körperchaften bereits genehmigten Panke regulierung ist jetzt ein Vertrag zwischen der Stadt Berlin und der Reichsbahn festgelegt worden, der der Stadtverordnetenversammlung nach den Osterferien zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Der Vertrag regelt die Eigentumsverhältnisse an dem Bauwerk und legt die Lasten der beiden Vertragsparteien fest. Die Herstellung einer neuen Pankeunterführung unter der Reichsbahnstraße Berlin—Bernau zwischen den Stationen Karow und Buch ist erforderlich geworden, da das bestehende alte Unterführungsbauewerk in seinen Größenabmessungen nicht mehr ausreicht.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 17. April.

Heute abend 18.50 Uhr erschien „Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt von Sevilla über Friedrichshafen und landete trotz des regnerischen und stürmischen Wetters um 7 Uhr glatt auf dem Werftgelände.

Elternbeiratswahlen am 1. Juni.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer Rundschauung des Provinzialschulkollegiums Berlin entnimmt, ist als Termin für die diesjährigen Elternbeiratswahlen Sonntag, der 1. Juni, bestimmt worden. Die bisherigen Elternbeiräte führen bis zur Einberufung der Neugewählten die Geschäfte weiter.

Die neue Volkstüche in Köpenick.

Die Verhältnisse der in den bisherigen Räumen der Dorothenschule in Berlin-Köpenick, Freiheit, untergebrachten Volkstüche haben sich im Laufe der Zeit bei der Unzulänglichkeit der Räume und der stetig steigenden Teilnehmerzahl immer unzutüchtlicher gestaltet. Da mit einem Neubau unmöglich bis zum Beginn des neuen Rechnungsjahres gewartet werden konnte, ist mit den Arbeiten bereits jetzt begonnen und die Küche inzwischen fertiggestellt worden. Die Baukosten haben sich unter geringer Veränderung des Voranschlags auf 43 500 M. erhöht, wovon 13 500 M. aus Vorbehaltmitteln des Bezirks Köpenick gedeckt sind.

Todessturz vom Schlepplahn.

Auf tragische Weise ist der 16jährige Schifferlehrling Paul Pfund aus Neudorf ums Leben gekommen. Im Humboldt-Hafen glitt der junge Mann von der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Vanplante des Schlepplahns ab und stürzte kopfüber ins Wasser. Der Verunglückte zog sich beim Sturz schwere Verletzungen zu; er wurde durch die Feuerwehr aus dem Wasser gezogen und nach dem Moabit Krankenhaus gebracht. Dort ist der Unglückliche gestern seinen Verletzungen erlegen.

Billiger Osterjonnabend im Zoo.

Am Osterjonnabend ist billiger Sonnabend im Zoo. Der Eintrittspreis beträgt nach 2 Uhr nachmittags für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Von 4 bis 6 Uhr findet Kaffeekonzert statt. Zu den Osterjonnachten sind im Zoologischen Garten mehrere wichtige Neuerwerbungen (ein tieferer Alastabar, eine Bortrotze, eine Röhnenmoll) eingetroffen. Mit seinen Freigehenden präsentiert sich der Zoo bereits im neuen Gewand. An beiden Feiertagen findet von 4 bis 9 Uhr großes Militärkonzert statt, bei schönem Wetter im Freien. Am 1. Feiertag dirigiert Obermusikmeister Hagmann, am 2. Feiertag Musikdirektor Dippel.

Charlottenburg sucht Pflagestellen.

Beim Bezirksjugendamt Charlottenburg ist ein Bedarf an Familienpflagestellen für häusliche Pflagekinder vorhanden, besonders für Kinder im Alter bis zu zwei Jahren. Das Pflagegeld beträgt für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre monatlich 45 M., bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre monatlich 30 M. Außerdem wird Bekleidung geliefert. Pflageeltern, die Kinder in Pflage nehmen wollen, müssen in Charlottenburg wohnen und in geordneten Verhältnissen leben. Sie können sich im Rathaus, Zimmer 147, melden.

Möbelschau auch Karfreitag geöffnet! Auf Grund mehrfacher Anfragen teil uns die Leitung der „Möbel- und Einrichtungsschau Berlin 1930“ in den Funktomballen am Raiterbaum mit, daß die Schau auch am Karfreitag geöffnet und zu denselben Zeiten wie werktage, nämlich von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, zugänglich sein wird.

Verlegung des Arbeitsnachweises Lichtberg. Die Abteilung für männliche Jugendliche des Arbeitsnachweises Lichtberg ist von der Schreiberhauer Straße 2 nach der Borghagener Straße 76/78 verlegt worden (Telefon E. 8. Andreas 5512—17 und 5549—50). In der Schreiberhauer Straße 2 befindet sich jetzt nur noch die Hauspersonalabteilung.

Neues Wohnen.

In schönen Räumen mit neuzeitlichen Möbeln zu wohnen, ist unser aller Wunsch, weil wir wissen, daß eine schöne behagliche Umgebung erst volle Lebensfreude und Schaffenskraft gibt. Deshalb ist es so erstrebenswert, ein behagliches, neuzeitlich eingerichtetes Heim zu besitzen. Die scheint es jedoch, als sei dieses schöne Ziel schwer erreichbar.

Wer aber den Drei-Möbel-Spezialhäusern einen unverbindlichen Besuch abstatten und sich hier von der Kutanz überzeugen konnte, weiß, daß auch ihm die Gründung eines schönen Heims möglich ist. Und wer nach gründlicher Prüfung seinen vertrauensvollen Auftrag erteilt, hat immer gerne seine volle Zufriedenheit ausgedrückt und die besondere Kutanz bestätigt, weil hier alle Aufgaben verantwortungsvoll durchgeführt und alle Wünsche der Kundschaft weitestgehend erfüllt werden. Es

ist bekannt, daß die Drei-Möbel-Spezialhäuser ihren Kunden nicht nur Möbel, sondern ein wirkliches „Zuhause“ schaffen. Alle Fragen, die mit der Einrichtung eines zeitgemäßen Heimes zusammenhängen, werden mit der größten Kutanz und vertrauensvoll erfüllt. In den bedeutend vergrößerten Drei-Möbel-Ausstellungensräumen, Berlin N., Eisäcker Straße 37, an Oranienburger Tor, und Brunnenstraße 33, nahe Invalidenstrasse, und dem 6. Stockwerk um-

fassenden Fabrikgebäude stehen jetzt große Räumlichkeiten zur Verfügung, wodurch eine unübertroffene Auswahl geboten und eine prompt, sorgfältige Lieferung auch der umfangreichsten Aufträge gewährleistet wird. Auch Zahlungs-erleichterung ganz nach Ihren Wünschen, ohne Anzahlung. Illustrierter Katalog A kostenlos. Auswahl, Preise und Qualität sind nirgends günstiger.

Messingspäne statt Platin.

Kommerzienrat fällt auf falsche Sowjetemissäre rein.

Einem raffinierten Gaunertick ist ein Geheimkommerzienrat P. zum Opfer gefallen. Durch einen angeblichen Schriftsteller v. Kolanz, der aber bis jetzt nicht ermittelt werden konnte, wurde der Geschäftsmann darauf aufmerksam gemacht, daß zwei russische Sowjetemissäre in Berlin seien, die für ihre Regierung und teils auf eigene Rechnung 30 Kilo Platinspäne verkaufen sollten. Merkwürdigerweise fiel der gewiegte Geschäftsmann auf den Gaunertick — denn um einen solchen handelte es sich tatsächlich — statt herein.

Der Kommerzienrat traf mit den beiden „Russen“ im Hotel Kaiserhof zusammen und erfuhr von ihnen, daß sie nicht nur für die Handelsdelegation Platin zu verkaufen hätten, sondern daß sich unter dem Posten auch 12½ Kilo befänden, die sie selbst sich „hinterherum“ in Rußland beschafft hätten. Der Kommerzienrat wollte diesen Platinspäne zum kommissionsweisen Verkauf übernehmen und 6 Mark pro Gramm an sie abliefern. Bei einer späteren Besprechung aber im Hotel Kaiserhof verlangten die „Sowjetemissäre“, die sich Grepow und Popow nannten und sehr elegant auftraten, daß der Geheimkommerzienrat den Platinspänen direkt käuflich übernehme. Er wollte zunächst aber nur einen Posten von 6700 R. erwerben. In einem Koffer am Reichsanlagenplatz erschienen die „Russen“ mit einem Koffer, der angeblich die 12½ Kilo Platinspäne enthielt. Der Kommerzienrat wollte sich vorziehen und erst eine Platinprobe vornehmen lassen. Popow wählte mit der Hand in dem Platin herum und übergab dem Kommerzienrat eine Probe. In Begleitung von Grepow fuhr er zu einem Sachverständigen, während seine Sekretärin im Café zurückblieb. Die Probe ergab, daß es sich um einwandfreies reines Platin handelte, und daraufhin kaufte der Kommerzienrat den Posten für 6700 Mark und bezahlte auch gleich bar. Als er dann nochmals bei seinem Sachverständigen eine Probe machen ließ, stellte sich heraus, daß er vernickelte Messingspäne eingehandelt hatte. Durch ein geschicktes Täuschungsspielstück mußten die Gauner die Probe verkauft haben. Beide waren natürlich aus Berlin verschwunden. Die Ermittlungen ergaben, daß „Popow“ in Wirklichkeit Kaj hieß, und sein Spiegelbild war ein aus Bayern stammender Beschäftigter Hermann Greimann, der nach einiger Zeit verhaftet wurde. Er hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen gemeinschaftlichen Betruges zu verantworten und wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Haftentlassungsantrag wurde abgelehnt und Bewährungsfrist wurde ihm mit Rücksicht auf die Reformiertheit der Tat verweigert. Kaj ist bisher noch nicht ermittelt worden.

Drei Seltenheiten im Zoo.

Drei zoologische Seltenheiten sehr verschiedener Art haben im Zoo ihr neues Heim gefunden. Im Bärenzwinger hat ein Riesebär aus Alaska seinen Einzug gehalten. Dieses Tier befindet sich sonst in keinem anderen Exemplar in der pflegenden Schutzhaut eines Zoologischen Gartens. In Berlin hat bislang ein einziges Mal ein Jäger aus Elberfeld einen solchen Riesebären als Jagdtrophäe gezeigt. Die anderen Zoo-Bären, die wahrlich nicht klein sind, verschwinden jetzt nahezu neben dem Kolof. Er ist, wenn er sich hochstellt, über drei Meter. Und er stellt sich gerne hoch, sobald sein Wärter ihm eine Süßigkeit auf einer langen Stange reicht. Dann kam noch ein Röhrenmoss hinzu, deren Verwandte in Südbrasilien, Paroquay und Nordargentinien zu Hause sind. Dort jagen diese Wäse die wilde Art unserer Meeresschnecken. Im Zoo bekommt der Röhrenmoss morgens Bananen und andere Früchte und abends Fleisch. Die größte Sehenswürdigkeit aber, die sonst noch nie in der Gefangenschaft gezeigt wurde, ist eine Bartrobbe. Sie stammt aus den Tiergrotten in Bremerhaven. Eine Fischdampfermannschaft hatte dieses seltene Tier mit dem Netz hochgezogen. Die Fänger dachten sofort an die Tiergrotten, verstaute die Robbe an Bord, die, obwohl sie zu ihrem Lebenswesen nicht fraß, doch heil und gesund von ihnen eingebracht wurde. Jetzt fühlt sie sich hier im Zoo sehr wohl. Wenn ihr aber ein Mensch zu nahe kommt, steckt sie ihren Kopf unter Wasser, und das ist für den Betrachter bedauerlich; denn gerade der lange, schöne Bart, der dann nollends untertaucht, macht die Seltenheit dieses Tieres aus.

Erweiterung der Zehlendorfer Gehag-Ziedlung.

Die Gehag, die von den freien Gewerkschaften gegründete gemeinnützige Baugesellschaft, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens ein umfassendes Bauprogramm durchführen können. 6600 Wohnungen hat sie bisher erstellt, davon allein 2000, die in der Großsiedlung Britz liegen. Neuerdings hat die „Gehag“ das Köpenick-Gelände in Weißensee gekauft, um dort mehrere laufend Kleinwohnungen zu errichten. In Britz und Zehlendorf sind in die Reihenbauten der Stadtwohnungen auch Einfamilienhäuser mit eingebaut, die zum Teil vermietet oder auch verkauft wurden. Die Eigenheimbesiedlung in Zehlendorf ist jetzt um 418 Einfamilienhäuser erweitert worden, die kürzlich besichtigt wurden. Jedes Haus hat neben den reinen Wohnräumen auch ausreichende Boden- und Kellerfläche, dazu einen eigenen Garten. Die Verbindung zwischen Garten und Haus ist eine glasüberdeckte Veranda. Leider werden diese Einfamilienhäuser zur Zeit noch nicht den breiten Volksschichten zugute kommen, da Baubank- und Hypothekenzinsen die Anschaffungs- und Bewirtschaftungskosten zu teuer stellen. Bei der Besichtigung erläuterten der Geschäftsführer der „Gehag“ Franz Guttschmidt und Stadtbaurat a. D. Bruno Laut die Pläne und Bauten der Gesellschaft.

Ostermontag, Flugtag in Tempelhof.

Am Ostermontag, dem 21. April, veranstaltet die Berliner Flughafengesellschaft im Flughafen Tempelhof ihren ersten diesjährigen Flugtag, der vor allem im Zeichen schmerzlicher Flugakrobatik stehen wird. Der „fliegende Künstler“ Fritz Schindler wird gamastische Spiele an einem Mast zeigen, der über das obere Tragwerk eines seiner beiden Flugzeuge weit hinausragt, ferner Kunstturnen an einem vom Flugzeug herabhängenden Trapez, Spaziergänge auf Tragflächen und Kumpf eines Doppeldeckers und schließlich als akrobatischen Höhepunkt das Herabsteigen von einem auf der Asphaltbahn des Flugfeldes dahinfliegenden 100 PS-Mercedeswagen auf einer darüber hinwegfliegenden Maschine. Diese Vorführungen erfolgen in nächster Nähe der Zuschauerplätze. Ein Fallschirmabstieg von Fräulein Schumann und der Abschluß von vier Fesselballons vervollständigen das Programm, das sich zwischen 15 und 18 Uhr abwickeln wird. In den Pausen ist in zahlreichen Flugzeugen der Luftkutscharia und des „Sturmvogel“ zu verlässigen Rundflügen über Berlin Gelegenheit gegeben.

Mercedes-Palast, Neukölln. Das Eröffnungsprogramm des Mercedes-Palast, des neuen Volkstheater, hat eine ganze Reihe wirklich erstklassiger Darbietungen. Da ist die Chinesen-Oper „Der rote Fächer“, die ihre japanischen Singspiele

Musiken, des Messerwerfens und Zellerjonglierens meisterhaft beherbergt. Golemann führt einen dreifachen Zoo vor, in dem sich Hunde, Katzen und sogar Frösche als Springer, Zirkusreiter und Clowns produzieren. Die Count del Ray Raids sind fünf prächtige Giras, die hoch oben in den Lüften prächtig tanzen und Kollegen derleißen Fäustel, das Rattray-Ballett, zeigen in kostümlich und technisch wohlgefügten Tanzspielen lustige tänzerische Szenarien. Vier Gracianas sind famos Springer, die ein Grelis meistern geschickt das Bombardieren und Chas Gibbs imitiert vorzüglich alles Mögliche und Unmögliche an Geräuschen. Den Humor vertreten Pato und Dany in ihrer Szene „Pato will springen“. Die künstlerische Neugestaltung des Programmes, das für wenig Geld wirklich Gutes bringt (der Einheitspreis für die erste Vorstellung beträgt 60 Pfennig), berechtigt zu den besten Hoffnungen.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, dem 19., und Dienstag, dem 22. d. M., aus.

Fünfzigjähriges Angestelltenjubiläum. Am 19. April feiert Herr Alfred Hahn sein fünfzigjähriges Jubiläum als Angestellter der S. Schropp'schen Landkartenhandlung, Berlin NW. 7, Doroteenstr. 33.

„Ein ungeheurer Postbeamter.“ Zu dem unter dieser Überschrift erschienenen Artikel werden wir im Abdruck folgender Zeilen gebeten: „Mit dem Postbeamter Klose, von dem in Ihrem Artikel vom 2. April gesprochen wird, bin ich nicht identisch. Bin am 16. September 1896 geboren, wohnhaft Greifenhagener Str. 12 I, und bin auf dem Postamt S.B. 19 beschäftigt.“

Das Osterprogramm der Städtischen Opernbühne Kitzbühne. Am Sonnabend, 19. April, bis einschließlich Sonntag, 21. April, läuft in der Opernbühne der neue Wilhelm-Dietrich-Film: „Das Schwert im Walde“, 8 Akte, nach dem bekannten Roman von Gauthier. Außerdem bringt die „Städtische Opernbühne“ wieder eine Anzahl Aufführungen: „Mit Berliner Mätern in die Schweiz“ und „Eine Nacht am Thuner See von Thun nach Interlaken“, Schotteroper mit Orchester. Beginn der Vorstellungen täglich um 19 und 21 Uhr.

Aus der Partei.

Warnung vor einem Schwindler!

Das Bezirkssekretariat Niederrhein der Französischen Sozialistischen Partei in Straßburg schreibt uns: Ein gewisser Franz Brähler, angeblich ungarischer Emigrant und, wie er behauptet, aus Italien wegen seiner sozialistischen Tätigkeit ausgewiesen, sucht im letzten Jahre mit Vorliebe Parteigenossen auf, um mit ihnen unter Vorpiegelung falscher Tat-

sachen größere Beträge als Darlehen zu entlocken, um dann spurlos zu verschwinden. Da er es meisterhaft versteht, sich als Märtyrer der sozialistischen Sache hinzustellen, glückt ihm dieser Trick öfter. Er taucht abwechselnd in allen mitteleuropäischen Ländern auf, um seine betrügerischen Manipulationen zu betreiben.

Die Nachforschungen, welche nun seit Januar dieses Jahres über diesen Franz Brähler vorgenommen wurden, haben einwandfrei ergeben, daß er ein Schwindler und Betrüger großen Formats ist. Wie wir ermitteln konnten, ist Anzeige wegen verschiedener Betrügereien gegen ihn unter dem Namen Franz Brähler erhoben worden, und zwar bei der Polizei in Wien (Österreich), in Zürich und Bern (Schweiz) und in Straßburg (Frankreich).

Brähler ist etwa 1,80 Meter groß, schlant, blondes welliertes Haar, röthliches, rubiges Auftreten, gut gelehrt, spricht die deutsche und französische Sprache mit hartem slavischem Akzent. Rühmt sich gerne seiner Bekanntschaft mit einer Reihe von Führern und Abgeordneten der Sozialistischen Internationale und seiner Mitarbeit an großen Blättern.

Sollte irgendein Parteigenosse diesem Betrüger schon begegnet sein, möchte er dies umgehend dem sozialistischen Parteisekretariat des Unterelbs (Frankreich), Straßburg, Bielerstr. 1, mitteilen.

Ostern steht vor der Tür! Was Sie wollen zu den Feiertagen gut ansetzen sein! Kommen Sie zu S. Ham, Seilerstr. 66 Friedrichstraße, denn S. Ham-Altbier ist eines Belandenes... und so billig Sie werden bestimmt das Risiko haben!

Die „Grapus-Ausstellung“ am Kaiserbaum müssen Sie gesehen haben. Besuchen Sie daher auf keinen Fall den Ausstellungsstand des bekannten Berliner Architekturbüros B. Weber auf der „Möbel- und Einrichtungs“-Ausstellung am Kaiserbaum, S. Ham, Seilerstr. 66, zu besuchen. Denn an diesem Stand werden die von Professor Dr. Otto v. h. Walter Grapus geschaffenen und geschicklich erstellten neuartigen „Kuchen-Möbel“ in ihrer vielfältigen Verwendungsmöglichkeit gezeigt. Die besonders sorgfältig vorbereitete Verlehnungsweise ermöglicht trotz der sehr geringen Ausprägung einen außerordentlich niedrigen Verkaufspreis, der in Verbindung mit den außerordentlich günstigen Zahlungsbedingungen der Firma B. Weber, die eventuell sofort beschaffte Einzahlung dieser Möbel ganz bedeutend erleichtert.

Die „Möbel-Schau am Kaiserbaum“. Unter dem Motto: Wie richte ich mich ein, sind die Möbel- und Einrichtungsstände am Kaiserbaum, genannt „Möbel“, in drei Ausstellungsabteilungen zahlreiche interessante Beispiele neuester Möbelformen. Eine außerordentliche Leistungsfähigkeit ist der Stand der Firma Albert Steiner & Co. In 14, mit vollwertigem Geschmack eingerichteten Räumen, sind die Firma in modernster Weise mit manchem Heim präpariert, aber doch schon gehalten kann. Mit verblüffender Geschwindigkeit sind Polster, Bezüge, Wanddecken, Teppiche und Dekorationen zu einem harmonischen Ganzen kombiniert. Neben einem entzückenden Blumen-Bohnen-Schlafzimmer auf matterer Wand und einem mit Korbarmen verstellten Schlafzimmer auf einer freilebenden ersten Wiener Werkstätte steht besonders ein herrliches Zimmer in violetter Farbe in wunderbarer Verarbeitung und großen Farbenwirkungen und ein Schlafzimmer in feinsten Pastellfarben auf weißer Wand auf. Jedoch der Glanz des Ganzen ist ein Damenzimmer „Licht im Raum“ und ein Speisezimmer „Sonne im Heim“.

Was sagt der Bär?



Ein froher Ruf geht durch Berlin:

„Die Osterhasen kommen!“

Flinke Beinchen eilen straßauf, straßab und bringen in jedes Haus als Festgabe die von Tausenden bereits ungeduldig erwartete

Joseetti Juno
Berlins meistgerauchte 4½ Cigarette

Lernt aus der USA-Krise!

Von Georg Decker.

Vergleiche die vorhergehenden Artikel über die amerikanische Wirtschaftskrise in den Nummern 171 und 163.

Das Walten des Gewinnprinzips als entscheidende kapitalistische Triebkraft steht im engsten Zusammenhang mit der Verteilung der Einkommen, wie sie der kapitalistischen Gesellschaft eigen ist. Die Steigerung des Einkommens der breiten Massen fördert die Befriedigung der physischen und kulturellen Bedürfnisse und ein nach zukünftigen Bedürfnissen geregeltes Sparen. Auf diese Weise wird die Kaufkraft des Marktes gestärkt und gesteigert, zugleich aber eine gleichmäßig steigende Kapitalbildung gefördert. Die Steigerung der Einkünfte in den höheren Einkommensstufen bewirkt dagegen auf der einen Seite sprunghafte Steigerung des Luxuskonsums, auf der anderen aber ein geradezu leidenschaftliches Bestreben zur möglichst raschen Bereicherung, zum Glückspiel, zur Spekulation.

Diese „spekulative Manie“ hatte in Amerika in den letzten Jahren ohne Zweifel auch die am besten gestellten Arbeitnehmer ergriffen.

Ist in gewissem Sinne zu einer Massenerscheinung geworden. Man pflegt die starke Zunahme der Spareinlagen als eine natürliche Folgeerscheinung, sogar als eigentlichen Ausdruck der wirtschaftlichen Prosperität zu betrachten. Nun sind in Amerika im Laufe des Jahres vom 1. Juli 1928 bis 29. Juni 1929, also in der Zeit des gewaltigsten wirtschaftlichen Aufschwungs und der sich überstürzenden Börsenhausse, die Einlagen in den Sparabteilungen der Banken sogar zurückgegangen, nämlich um 105 Millionen Dollar (rund 820 Millionen Mark), während sie im vergangenen Jahre um 200 Millionen Dollar (1,6 Milliarden Mark!) zugenommen hatten. Es wurde also bedeutend mehr Spargeld abgezogen als neu angelegt. Mindestens 2 1/2 Milliarden Dollar (über 10 Milliarden Mark), die sonst als Spareinlagen angelegt worden wären, sind entweder direkt oder indirekt durch die sogenannten „Investment trusts“ in Wertpapieren angelegt worden, und zwar bedeutend stärker in Aktien als in festverzinslichen Anleihen.

Das Gewinnspiel mit Aktien.

Die Verschlebung der Anlagen zugunsten der Aktien ist typisch für die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Man begnügt sich nicht mehr mit den sicheren und festen Einkünften aus Anleihepapieren, die, eben weil sie sichere und feste Einkünfte bringen, für die Spekulation wenig geeignet sind. Das Gewinnpapier ist die Aktie, deren Preis normalerweise nach der zu erwartenden Dividende bewertet wird. Man kauft aber die Aktien während der Zeit starker Spekulation nicht zu dem Zweck, hohe Dividenden zu beziehen, sondern, um an der Spekulation zu gewinnen. Die Aktie verliert jede Beziehung zur Dividende. Wenn nämlich eine Aktie an Stelle ihres nominalen Kurses von 100 schon 300 kostet, so bedeutet auch eine zehnprozentige Dividende effektiv nur eine Verzinsung von 2 Proz. In Amerika standen die Aktienkurse vor dem Börsenkrach so hoch, daß die tatsächliche Verzinsung (Rendite) in vielen Fällen nicht mehr 1 Proz. ausmachte.

Welchen Umfang die Börsenspekulation in Amerika angenommen hat, davon gibt die Zunahme der Kredite für die Börsenmakler eine eindrucksvolle Vorstellung. Die Gesamtsumme dieser der Vermittlung spekulativer Geschäfte dienenden Kredite schwankte 1926 in New York zwischen 2,7 und 3,5 Milliarden Dollar, seit August 1927 stieg sie — mit gewissen Unterbrechungen — von 3,6 auf 8,55 Milliarden Dollar im September 1929, also von 15 auf 36 Milliarden Mark! Sehr be-

trächtliche Summen fanden so dauernde Verwendung in der Spekulation anstatt in produktiven Anlagen. So erhöhten viele Gesellschaften ihr Aktienkapital, nicht um das neue Kapital in ihren Unternehmungen zu investieren, sondern um die Erlöse aus dem Aktienverkauf in der Spekulation zu verwenden! Die Aktie, die normalerweise einen Bruchteil des in irgendeinem Unternehmen angelegten Kapitals darstellt, wurde zur Karte in einem Glücksspiel, die nur nach der Einschätzung des Spielenden, nicht mehr der Repräsentant von Fabrikgebäuden und Maschinen war. Wie ein französischer Geschäftsmann in seiner außerordentlich lebendigen Schilderung der amerikanischen Krise sagt, „wachten alle Leute jeden Morgen reicher auf, als sie gestern waren — aber auf dem Papier. Und diese Reulinge des Glücks lebten in der Illusion, daß dieser Zustand immer dauern wird!“

Diese Entwicklung beeinflusste auch den Charakter des Konsums

sehr stark. Die bessere Beschäftigung erhöhte ohne Zweifel auch den Massenverbrauch, am stärksten nahmen aber verschiedene Formen des Luxuskonsums zu. Zu Hilfe kam das Auslandsgeschäft. Es wird behauptet, daß manche Lohn- und Gehaltsempfänger ihre regulären Verdienste für zwei Jahre im voraus in solche Luxuskäufe gesteckt haben.

Die Entwicklung der Automobilindustrie gibt ein besonders treffendes Bild eines stürmischen Aufschwungs, dann einer Ueberproduktion und schließlich eines ungewöhnlich starken Rückschlages.

Aufschwung, Ueberproduktion und Rückschlag in der Autoindustrie.

1928 Oktober	339 000	1929 Juni	433 000
November	217 000	Juli	426 000
Dezember	205 000	August	442 000
1929 Januar	347 000	September	365 000
Februar	406 000	Oktober	320 000
März	513 000	November	169 000
1929 April	537 000(!)	1929 Dezember	91 000(!)
Mat.	516 000		

Im Dezember 1929 hat die Automobilindustrie mit weniger als 20 Proz. ihrer Kapazität gearbeitet! (Saisonwirkungen spielen hier natürlich mit, geben aber nicht den Ausschlag.) Es zeugt von der außerordentlichen finanziellen Stärke der Autoindustrie, daß sie einen solchen außerordentlichen Ausfall der Beschäftigung übersehen konnte.

Der Börsenkrach von Ende Oktober hat sofort auf das Abzahlungsgeschäft gewirkt. Das läßt sich wiederum genau für den Verkauf der Automobile feststellen. Die Statistik des Verkaufs auf Abzahlung ist zwar nicht ganz vollständig, umfaßt aber einen größeren Teil des Abzahlungsgeschäftes. Von 407 Gesellschaften, die den Verkauf der Wagen auf Abzahlung finanzieren, wurden abgefragt:

im Oktober	1929	267 000	Wagen für 123 Millionen Dollar
im November	1929	203 000	90

Keine Statistik gibt Aufschluß darüber, wieviele Kunden, die ihre Wagen früher gekauft haben, nach dem Börsenkrach zahlungsunfähig wurden. Es wird aber berichtet, daß der Verkauf von Autos zur Deckung früherer Zahlungsverpflichtungen zu einer Massenerscheinung geworden ist. In den anderen Branchen wird übereinstimmend von Ausverkäufen zu niedrigen, d. h. billigen Preisen und deshalb überfüllten Läden berichtet.

Es liegt also in der kapitalistischen Art der Verteilung des Sozialprodukts, wenn man in Amerika auf einer Seite eine „übermäßige“ Kapitalbildung hatte, so daß ein beträchtlicher Teil des neugebildeten Kapitals nicht produktiv angelegt wurde, sondern in

der Spekulation stecken blieb, auf der anderen Seite aber die produktiven Anlagen nicht ausreichten, um den vorhandenen Arbeitskräften Beschäftigung zu verschaffen. „Amerika war zu reich“ und gleichzeitig „nicht reich genug“. Die Lösung dieses Widerspruchs ist einfach. Sein Grund liegt darin, daß die Steigerung der Kaufkraft nicht Schritt mit der Kapitalbildung hielt. Wäre die Kaufkraft der Massen stärker gestiegen, so wäre auch die zahlungsfähige Nachfrage nach Industriewaren viel größer gewesen, und das hätte auch die entsprechende Vergrößerung der produktiven Anlagen bewirkt. Diese theoretische Möglichkeit stellt sich aber in der kapitalistischen Wirtschaft immer wieder als eine praktische Unmöglichkeit heraus, und hier liegt auch die Ursache des unerhörten amerikanischen Börsen- und Konjunkturzusammenbruchs. Die kapitalistische Wirtschaft ist und bleibt eben kapitalistisch, d. h. sie ist zu sehr Gewinn- und zu wenig Bedarfswirtschaft.

Wer diesen Zusammenhang durchdenkt, dem wird es klar, daß die Arbeiterklasse zugleich an der Steigerung der Massenkaufkraft und an regelmäßiger ausreichender Kapitalbildung, namentlich an der produktiven Verwendung des Kapitals, größtes Interesse hat. Sie muß aber gegen die kapitalistische Beherrschung der gesellschaftlichen Produktionskräfte sein, da diese Beherrschung insofern der Ausbeutung der Arbeitenden mit sich immer wiederholenden Störungen des Gleichgewichts zwischen der Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten und der Entwicklung der Kaufkraft des Marktes verbunden ist. Diese Störungen wirken letzten Endes hemmend auch auf die Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten und bewirken eine furchtbare Verschwendung der Produktionskräfte. Die Vorgänge in USA geben in einer geradezu klassischen Form ein Abbild dieser Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft und sind deshalb besonders dazu geeignet, die Arbeiterklasse an ihr sozialistisches Ziel zu erinnern.

Das soll aber nicht heißen, daß sich die Arbeiterklasse, um die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Widersprüchen kämpfend, der jeweiligen Zulassung dieser Widersprüche gegenüber unaktiv verhalten hätte. Sie führt ihre gewerkschaftlichen Kämpfe, die nicht nur die Besserung der Lage von einzelnen Arbeitern, sondern, wirtschaftlich gesehen, auch die Steigerung der Kaufkraft des Marktes und damit die Stabilisierung der Beschäftigung bewirken. Ueberall, wo die Arbeiterklasse zu einer politischen und also wirtschaftspolitischen Macht geworden ist, hat sie die Aufgabe, um den Aufstieg der Wirtschaft durch die gleichmäßige Entwicklung der Produktionsmöglichkeiten und der Massenkaufkraft zu ringen.

Politische Stillelegungen?

Siemens und Stahlruß. — Vorbereitung sozialpolitischer Reaktion.

Die Großindustrie hat sich die Osterwoche ausgelacht, um zahlreiche Arbeiterentlassungen durchzuführen. Im Berliner Wirtschaftsbezirk kündigte der Siemens-Konzern umfangreiche Entlassungen an. In der Westindustrie verfügte der RuhrRuß gleiche Maßnahmen, und zwar haben die Bereinigten Stahlwerke bei den zuständigen Regierungsstellen beantragt, die Abteilung Duisburg-Ruhrort (früher Phönix) und die Abteilung Hörde-Ruhrort bei Dortmund stillzulegen.

Ueber die Berechtigung dieser Stillelegungen wird gestritten. Es ist zunächst festzustellen, daß plötzliche umfangreiche Arbeiterentlassungen nicht im Einklang mit der allgemeinen Konjunkturalentwicklung stehen. Das gilt sowohl für die Montan- als auch für die Elektroindustrie. Für die letztere ist ganz besonders

Rheuma und Gicht, die unvermeidlichen Begleiter der narkalen Jahreszeit, überhaupt Erkältungsschmerzen wie Gliederreißer, Ischias, Hexenschuss, bekämpfen Sie wirksam mit Reichels Electricum, das Sie von Ihren Schmerzen befreien wird. Fl. Mk. 1,25, 2.- u. 3,50, in Apoth. und Drogerien, sonst durch Otto Reichel, Berlin 45-30, Eisenbahnstr. 4.



ES GIBT UNTERSCHIEDE... in den Ansprüchen — und auch in den Leistungen!

Wer, wie etwa der Arzt, seinen Wagen nicht nur zu Sonntagsfahrten verwendet, sondern vor allem in seinem Beruf,
Wer nicht immer Zeit und Muße hat, die bequemsten Wege zu wählen, sondern mühsamer gezwungen ist, seiner Maschine auf steiler Bergstraße ein hartes Stück Arbeit zuzumuten,
Wer ein richtiges Automobil braucht, stark und zuverlässig, aus gutem Material erbaut, präzise verarbeitet, wirtschaftlich und wirklich preiswert, — der wählt, wenn er gut beraten ist,

ADLER FAVORIT RM. 4995-

feststellen, daß die Umsätze gestiegen sind und gegenwärtig ohne Zweifel über Vorjahrsstand liegen. Technische Momente, die die Entlassungen begründen könnten, sind aber nicht eingetreten. Deshalb führt man die Entlassungen auch auf politische Motive zurück. Die Berliner Börse ist seit Tagen der übereinstimmenden Auffassung, daß es sich sowohl bei Siemens als auch beim Stahltrust um eine politische Demonstration handelt. Die Entlassungen sind nach Auffassung der Börse sachlich nicht begründet. Man will, so meint die Börse, durch Arbeitsentlassungen die Regierungsstellen „beeindrucken“, um die Praxis der Schiedsprüche entscheidend zu beeinflussen. Schließlich hat man nicht umsonst ein sozialreaktionäres Kabinett Brüning-Schiela, und wo die Agrarier auf ihre Kosten kommen, will die Industrie nicht zurückbleiben. Dem entspricht, daß die von der Industrie geschaffenen Stellen die Ankündigungen der Arbeiterentlassungen sehr geschickt in die Presse zu lancieren verstanden.

Das Kabinett Brüning-Schiela wird sich gern beeindrucken lassen. Es ist eben das Kabinett, das nicht nur unsere Agrarpolitik heillos vermirrt und unvernünftige und unwirtschaftliche Steuern schuf, sondern es will auch die Lohnbewegungen völlig abstoppen. Die Agrarmassnahmen bedeuten eine Kaufkraftverlagerung großen Stils, die von den breiten Massen der Arbeiterschaft, der Angestellten und der Beamten bezahlt werden soll. Das kann nur gelingen, wenn man Lohnhöhdungen vollständig unterbindet. Mit der entsprechenden negativen Einstellung in der Lohnschiebungspraxis will man den kommenden Dingen, der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung vorgehen.

Englisch-russischer Wirtschaftsvertrag. Vorläufiges Abkommen in London unterzeichnet.

Der Handelsverkehr zwischen England und Sowjetrußland war vier Jahre lang unterbrochen. Wenn auch der Waren- und Geldverkehr zwischen den beiden Ländern nicht gänzlich unterbrochen war, so konnte doch seit der Arco-Affäre, die mit einer Razzia in der russischen Handelsvertretung in London endete, von normalen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nicht mehr die Rede sein.

Nach der Ueberrahme der Regierung durch die Arbeiterpartei sind zwischen Großbritannien und Sowjetrußland alsbald die Verhandlungen zur Wiederherstellung eines normalen Wirtschaftsverkehrs aufgenommen worden. Diese Verhandlungen sind jetzt mit der Unterzeichnung eines provisorischen Wirtschaftsabkommens beendet worden. Der jetzt in London unterzeichnete Vertrag bleibt bis zum Abschluß eines endgültigen Handels- und Schiffsverkehrsabkommens in Kraft.

Beide Länder gestehen sich in der Behandlung ihrer Staatsbürger, Waren und Schiffe unter Anerkennung des russischen Handelsmonopols grundsätzliche gegenseitige Rechtebegünstigung zu, wobei zugunsten Auslands von der Reichsbegünstigung die Abkommen ausgenommen sind, die Sowjetrußland mit verschiedenen asiatischen Staaten und ferner mit den Ländern abgeschlossen hat, die früher zum russischen Reich gehörten. In der vielumstrittenen Frage der Exterritorialität wird Großbritannien auch den für die russische Handelsdelegation tätigen Behörden künftig die Immunität gewähren. Alle wirtschaftlichen Streitigkeiten sind aber vor englischen Gerichten zu entscheiden. Die Bestimmungen des Abkommens können ferner auf die britischen

Dominions, mit Ausnahme Südafrikas und des Irischen Freistaats, und auf die britischen Kolonien ausgedehnt werden.

In einem Zusatzprotokoll wird ausgeführt, daß beide Länder auf jede unterschiedliche Behandlung verzichten und sich bei ihren Maßnahmen nur durch finanz- und handelspolitische Erwägungen leiten lassen. Ungetört bleibt auch jetzt noch die Regelung der russischen Vorkriegsschulden an England.

Wirtschaftsboykott gegen Thüringen. Begen einer Zentralsteuer auf Warenhäuser.

Die neue Reichstagsmehrheit hat den verrückten Beschluß gefaßt, „zum Schutze des Mittelstandes“ Warenhäuser und Konsumvereine mit 5 Prozent Umsatzsteuer extra und besonders schwer zu belegen. Thüringen hat den Wunsch — wer wundert sich darüber — diese wirtschaftliche Berrücktheit noch zu übertrumpfen, und zwar durch Erhebung einer erhöhten Gewerbesteuer für alle Großbetriebe des Einzelhandels. Die Warenhauskongresse Deutschlands werden, wie gemeldet wird, sich das voraussichtlich nicht gefallen lassen. Man denkt daran, die Beziehungen zur Thüringer Staatsbank abzubrechen, in Thüringen erzeugte Waren nach Möglichkeit durch andere inländische oder ausländische

Statistische Beobachtung der Molkereien

Während im Reich Herr Schiele Agrarpolitik nur mit Zollerhöhungen macht, bemüht sich Preußen weiter um die Förderung der landwirtschaftlichen Edelerzeugung. Dem dient auch die für Januar 1930 zum erstenmal in Preußen durchgeführte Statistik der Milchmilklieferung und Milchverarbeitung in den Molkereien, bei der in den erfassten 1183 Molkereibetrieben die Anlieferung von rund 220 Millionen Liter Vollmilch — ein Viertel der in ganz Preußen im Januar erzeugten Milchmenge — festgestellt wurde. Von diesen 220 Millionen Litern wurden 35,8 Proz. als Frischmilch abgefeist, wobei ein Sechstel auf den Verkauf von Schlagsahne und Rafflesahne zu rechnen ist. 55,8 Proz. der angelieferten Milchmengen wurden verbuttert, zur Käsefabrikation wurden nur 4,5 Proz. der angelieferten Vollmilchmengen verwendet.

Noch mehr Gold bei der Reichsbank.

Nach dem Reichsbankausweis vom 15. April haben die Wechselbestände der Reichsbank um 261,3 auf 1765,7 Millionen abgenommen und die Lombardbestände um 11,0 auf 67,4 Millionen zugenommen. Die Ende der Vorwoche noch vorhandenen 17,1 Millionen Mark Reichsbankwechsel wurden ausverkauft. Die unverzinslichen fremden Gelder auf Girokonto nahmen um 118,9 auf 638,3 Millionen zu. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging um 258,7 auf 4308,7 Millionen zurück. Die Goldbestände haben sich wieder um 5,7 auf 2550,1 Millionen Mark erhöht. (Der nächste Ausweis wird nach den kürzlich gemeldeten Goldkäufen der Reichsbank noch erheblich größere Zugänge zeigen.) Die ausgewiesenen Deckungsdecks sind um 7,1 auf 357,4 Millionen Mark gestiegen. Die Reichsbank hat zwischen 80 und 90 Millionen Mark mehr Devisen eingenommen, und zwar aus dem Vorkauf auf die Kreugeranleihe des Reiches, die in den Deckungsdevisen nicht erscheinen. Die umlaufenden Noten sind jetzt durch Gold allein zu 50,2 (gegen 55,7) Prozent gedeckt, durch Gold und Devisen zusammen zu 67,5 gegen

63,4 Prozent. Diese Deckung ist enorm hoch; nach einer fünfmaligen Diskontierung und bei einem Diskont von 5 Prozent ein Zeichen, daß die deutsche Wirtschaft leider die Reichsbank zur Inanspruchnahme von Krediten noch immer nicht nötig hat.

Kommunale Werks-A.-G. in Frankfurt.

Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main hat die Herauslösung der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke aus dem Kommunalbesitz und ihre Einbringung in eine kommunale Aktiengesellschaft beschlossen. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft wird 20 Millionen Mark betragen.

Güterverkehr der Reichsbahn bleibt gering. Nach den letzten Veröffentlichungen der Reichsbahngesellschaft zeigt die Woche zum 5. April nur eine arbeitstägliche Wagenstellung von 135 000 Wagen gegen 153 000 in der gleichen Woche des Vorjahres. Im ganzen Monat März ist zwar ein allmähliches Ansteigen des Güterverkehrs zu beobachten — der tiefste Punkt lag in der ersten Februarwoche mit täglich 123 400 Wagen —, aber das Niveau des Güterverkehrs blieb im März 1930 erheblich, und zwar um 13 000 bis 18 000 Wagen täglich, hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Es ist zwar zu berücksichtigen, daß die diesjährige restlose Eisfreiheit der Binnenwasserwege den Eisenbahnverkehr im Gegensatz zum Vorjahre auch im März noch künstlich niedrig hielt; die sich noch stark auswirkende Wirtschaftsdpression ist in den Güterverkehrsziffern aber nicht zu verkennen.

Höhere Dividende für Getränkemaschinen. Die Enginger Unionwerke in Mannheim können für 1929 ihre Dividende von 6 auf 8 Proz. steigern. Von der Hochkonjunktur im Brauergewerbe hat das Unternehmen, das hauptsächlich Maschinen und Einrichtungen für die Brau- und Getränkeindustrie baut, also kräftig profitieren können.

Gründung der englischen Rationalisierungsbank. Mit einem Gesamtkapital von 120 Millionen Mark ist jetzt in London die Rationalisierungsbank gegründet worden. Die Aufgabe dieses Institutes, dessen Aufsichtsratsvorsitzender der Gouverneur der Bank von England Norman ist, liegt in der Kreditvermittlung für die kapital- und rationalisierungsbedürftige englische Industrie. Ihre Kredite dürften in allererster Linie von der stark notleidenden Textilindustrie und von dem in der Umstellung befindlichen Bergbau in Anspruch genommen werden.

Frankreich erhöht seine Automobillöhne. Die französische Kammer hat jetzt eine Neuregelung der Automobillöhne beschlossen. Bisher wurden die Löhne mit 45 Prozent des Wertes der eingeführten Automobils erhoben, während die Neuregelung eine Verzögerung nach dem Gewicht der Wagen und Einzelteile vorsieht. Von sozialistischer Seite wurde die Neuregelung scharf bekämpft, da hierdurch die effektive Zollbelastung sich um 50 Prozent erhöht.

Wenn Schmerzen..... Lokal-Tabletten!

Lokal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Et. notar. Bestätigt, anerkennen über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren die gute Wirkung des Lokal! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfernt die Gärnsäure! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken A 1.40. 0,46 Chin 12,6 Lith 74,3 Acid. azet. sal ad 100 Amyl.

An die Bevölkerung Berlins!

Bei der Firma **Bernward Leineweber**, Verkaufsgeschäft für Herrenbekleidung, waren 138 beschäftigte Schneider 14 Tage lang im Streik. Im Streik deshalb, weil die Arbeitgeber ungeheure Verschlechterungen der seitherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen durchführen wollten. Der Streik ist durch eine Vereinbarung der Parteien beigelegt worden, indem die Verschlechterungen abgewährt und eine Lohnzulage von 3 Pfg. pro Stunde festgelegt wurde. In allen Betrieben ist deshalb ab Dienstag, dem 15. April 1930, die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Firma **Leineweber** glaubt aber, nun einen **Herrenstandpunkt** hervorkehren zu müssen, indem dieselbe die am Streik beteiligt gewesen Schneider **maßregelt**.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Uebt Solidarität gegenüber den gemäßregelten Schneidern der Firma Leineweber!

**Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin
Gewerkverein der Bekleidungsarbeiter, Hirsch-Duncker
Reichsverband christlicher Arbeitnehmer
des Bekleidungsgebietes**

Höchste Zeit!

Nur noch bis Sonnabend die preiswerten **oster-angebote** auf **Teilzahlung**

Schuhe für Damen, Herren u. Kinder in großer Auswahl
Gute Fabrikate, beste Passformen

Wir zeigen Ihnen in allen unseren Abteilungen Neuheiten für das Frühjahr!

Elegante Damen-Mäntel aus Rippe, Charmelotte, Woll-Georgette, Fleur de laine, Kammergarn, Herrenstoff, Tweed und Fantasiestoffe

Regen- und Sport-Mäntel aus Seide, Kunstseide, Woll- und Baumwollstoffen

Elegante Straßen- u. Gesellschafts-Kleider in Wolle u. Seide in größter Auswahl

Jacken- und Bolero-Kleider Röcke, Blusen

HERREN-ANZÜGE aus Cheviot und Kammergarn in modernen Farben und sehr guter Verarbeitung und Passform.

HERREN-ULSTER u. PALETOTS aus Melton, Gabeland, Shtland, Covercoat

Trench-Coats u. Gummimäntel

Sport-Anzüge, Windjacken

Tennis-, Streifen-, Golf- u. Broches-Hosen

Wir führen:

Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe, Wollwaren, Trikotagen, Oberhemden, Tisch-, Leib- u. fertige Bettwäsche, Bettfedern, fertige Betten

MÖBEL

ohne Anzahlung 24 Monatsraten

Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen (naturlasiert und weißlackiert)

Sämtliche **Einzelmöbel** Polsterwaren, Metallbetten, Korbmöbel

Gut sortierte **Auswahl** in allen Abteilungen. Jede Abteilung gleicht einem Spezialgeschäft

KAUFHAUS

Modern

14 OSTEN:
Gr. Frankfurter-Str. 101
ECKE KRAUTS: AM STRAUSSB: PL
IM SÜDEN:
Kottbuserdamm 32
GELLENBAUER-NAHE HERBANN-PL

Die Gutsankäufe der Stadt Berlin

Die Lehre der Affäre Busch — Erhöhte öffentliche Kontrolle tut not! — Von Otto Meier

Über einen Teil der Gutsankäufe der Stadt Berlin hat der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags die Klagen geschlossen. Je gründlicher die Geschäfte durch die Vernehmung daran beteiligter Zeugen nachgeprüft wurden, um so mehr ergab sich ein groteskes Bild von Schiebung, die Hunderttausende, ja Millionen einbrachten. Und je größer die Zahl der Zeugen wurde, die als Verkäufer, Rechtsberater, als große und kleine Vermittler, als mehr oder weniger ehrliche Makler auftraten, die der Stadt Grundbesitz anboten, um so mehr verdichtete sich der Verdacht, daß jedesmal Stadtrat Busch, ehemals von der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes seiner „Fachkenntnisse“ wegen als Grundstücksoverseer präsentiert, seine Hand im Spiele hatte. Der sah in seiner Privatfirma „Petrolea“ über den Weinstuben von Lutter u. Wegener und verhalf dem ehrwürdigen Hause, in dessen Keller einst C. T. Hoffmann beim funkelnden roten phantastische Träume spannte, zu neuem, zweifelhaftem Ruhm. In dieser Petrolea waltete neben ihm sein Mitdirektor und Mitbeteiligter an den dunklen Geschäften Felix Günther, der geschäftige Zwischenmann. Ein Biederer vom Scheitel bis zur Sohle, der sich schließlich bemogelt fühlt und dann seinen Beruf als Reiniger entdeckt, der dem Magistrat seine Enthüllungen gegen gutes Geld anbietet und damit gleichzeitig wieder Busch unter Druck setzt, mit dem er über Rücklauf des belastenden Materials verhandelt.

Das ist das Milieu, in dem die Gutsankäufe Biedorf, Duppel-Drellindes, Neustadens, Brüh, Mariensfelde und Staaten perfekt wurden. In den allermeisten Fällen wurde die direkte Verbindung Verkäufer—Stadt Berlin labortiert, weil Busch die Angebote zu hoch fand, und jedesmal kamen die Geschäfte erst zustande, nachdem die Grundstücksoverseer Zeit gefunden hatten, sich dazwischen zu schieben und den Kaufpreis um ihre Provisionen zu erhöhen. Und damit das Allerunwahrscheinlichste lächerliche Wirklichkeit wurde, drückte im Falle Duppel die Stadt als Vermittler Miller im voraus 3 Millionen in die Hand, damit dieser, der auf „eigenes Risiko“ handelt, dem Verkäufer eine Anzahlung leisten kann. Busch und Günther partizipieren an dem Gewinn; aber sie sind uneigennützig und dankbar.

Sie schnorren von den Vermittlern Wahlgebet für die Wirtschaftspartei bis zur Höhe von 75 000 Mark.

Mies lief über die Petrolea, die „Schmiedefirma“, wie sie billiger Witz getauft hat.

Und dennoch: So tief bedauerlich und empörend es ist, daß ein Repräsentant der Reichshauptstadt sein Amt schände mißbraucht; es ist die großschlächtige, aber altbekannte Praxis der Grundstücksschiebungen, die als kleiner Teil jener kapitalistischen Wirtschaft kritisch unter die Lupe genommen wurde, die dem ungeschriebenen Moralgesetz huldt, schnell und mühelos möglichst viel Geld zu verdienen.

Jeder Skandal hat seine Wurzel in dem absolut sicheren Gefühl für das Unmoralische, sagt irgendwo Doktor Wilde. Wenn jetzt die Deutschnationalen im Ausschuss entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, so dümmert ihnen entweder zum erstenmal die Erkenntnis über die lumpigen Verleumdungen des Kapitalismus, oder — sie tun nur so. Wollen sie vielleicht beweisen, daß ein solcher Mißstand nur in dem von ihnen so viel gelästerten „roten Berlin“ möglich war, daß er eine nachrevolutionäre Erscheinung und deshalb etwas Erstmaliges ist? Aber selbst Deutschnationale sind nicht so unbesonnen, daß sie nicht den zweiten Band der Krugon-Macquardt von Josa kennen, dieser grandiosen Schilderung der schamlosen Grund- und Bodenpekulation im zweiten französischen Kaiserreich und die deutsche Gründerperiode nach dem Kriege 1870/71. Auch sie werden schon etwas gehört haben von den Schöneberger Millionenbauern. Es war nicht allein das rasche Aufblühen der Stadt Berlin, das die Grundrente steigerte, es war Spekulation und Baufrühling.

es war dasselbe kapitalistische System wie heute, das in Charlottenburg den Wert des gesamten Grund und Bodens von 1856 bis 1897 von 45 auf 360 Millionen hinauftrieb,

in 11 Jahren um 567 Prozent. Damals gab es keine sozialdemokratischen Stadträte, damals wurde noch nicht untersucht.

Aber sie mögen schon recht haben, die professionellen deutschnationalen Säuberer, daß es sich diesmal um einen „Systemfehler“ handelt. Nur meinen wir ein anderes System als sie, das nicht durch herumdoctern an Symptomen zu kurieren ist, das heute genau so faul ist wie damals.

Wäre man freilich nach dem Rezept der Deutschnationalen vorgehen, überhaupt keine Grundstücke zu kaufen, hätten wir heute keinen Skandal, keine Untersuchung und für die Boulevardpresse (einschließlich der rechtsradikalen) keine Sensationen. Diese Logik ist ebenso richtig, wie das Rezept falsch war. Die Deutschnationalen und ihr reaktionärer Anhang können nicht begreifen, daß die Wo-

nungspolitik für Berlin so lange ein ungelöstes Problem bleibt, als der jährliche Neubedarf an Wohnungen in Berlin auf 40 000 veranschlagt wird. Gegen Ende des vorigen Jahres betrug der Fehlbedarf noch 225 000 Wohnungen.

Für die Bebauung an der Peripherie der wachsenden Viermillionenstadt durch eine großzügige Bodenvorratspolitik Raum zu schaffen, durch rechtzeitige Grundstückskäufe die spekulative wilde Siedlung zu verhindern, war als vorzügliche Maßnahme absolut richtig.

Daß man dabei hätte die Wiesenprovisionen sparen können, ist ebenfalls richtig. Aber unrichtig ist die Behauptung, daß die Stadt im großen und ganzen ungünstig gekauft hätte. Das ist trotz alledem zum Glück nicht der Fall. Wenn ein Stadtrat Schiebungen aus materiellen Interessen begünstigte, wenn er Veräußerungen nicht widerstand, so liegt der Grund weniger in einem Fehler des kommunalpolitischen Systems als vielmehr in seiner Person, in einem moralischen Defekt seines Charak-

ters und darüber hinaus in der mehr als fahrlässigen Art, wie die nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite kommenden Warnungen vom Oberbürgermeister behandelt wurden.

Es wäre deshalb grundsätzlich, unter Hinweis auf die unerschütterlichen Erscheinungen von einer Krise der Selbstverwaltung von Berlin sind neben vielem anderen mit ein Beweis für die durch Krieg und Inflation abtinkende Moral. Daß dagegen Sicherungen geschaffen werden müssen, haben die Ergebnisse der Landtagsuntersuchung bewiesen. Daß aber solche Sicherungen durch Einschränkung der Selbstverwaltung zu erzielen sind oder durch diktatorische Machtergreifung des Oberbürgermeisters, bleibt zu bezweifeln. Gegenüber den schmutzigen Begleitererscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft, die in der Kommunalwirtschaft einen der gefährlichsten Konkurrenten sieht, gibt es vorläufig nur einen wirksamen Schutz: das demokratische System öffentlicher Kontrolle durch die Selbstverwaltung.

Oeffentliche Bausparkasse für Berlin? Zur Abwehr gegen die privaten Gründungen — Keine übertriebenen Erwartungen

In den letzten Jahren sind in Deutschland eine Reihe privater Bausparvereinigungen ins Leben gerufen, die teilweise bereits einen erheblichen Geschäftsumsatz aufweisen. Da ein Teil dieser privaten Gründungen recht zweifelhafter Natur ist und dem Sparrer keine Gewähr gegen unangenehme Ueberraschungen bietet, hat es der Deutsche Sparkassen- und Giroverband für seine Pflicht gehalten, sich dieser Idee des Bausparens anzunehmen, um die Sparrer öffentlich-rechtlichen Institutionen zuzuführen. Er hat einen Sonderausschuss für Bausparvereinigungen eingesetzt, der Grundzüge für die Errichtung öffentlich-rechtlicher Bausparkassen entworfen hat. In Gemäßheit dieser Grundzüge sind für eine Reihe von Provinzen öffentlich-rechtliche Bausparkassen errichtet worden, z. B. auch für die Provinz Brandenburg. Da hierdurch der Sparfall der Stadt Berlin nennenswerte Sparsummen entzogen sind und da die privaten Vereinigungen ihr Tätigkeitsfeld mehr und mehr nach Berlin verlegen, hat es der Vorstand der Berliner Stadtbank und Sparkasse für seine Pflicht gehalten, der Einrichtung einer derartigen Institution für Berlin näherzutreten.

Zum besseren Verständnis sei vorausgeschickt, daß die Bausparkassen sich von den Baugenossenschaften dadurch unterscheiden, daß sie den Bau nicht selbst durchführen, sondern sich nur der Finanzierung befassen. Im Unterschiede von den gewöhnlichen Sparkassen fließen ihnen die Gelder auf Grund einer vertraglichen Sparpflicht der Einleger zu, und die Spargelder dienen ausschließlich dem Wohnungsbau für die Sparrer.

Das System der Bausparkassen.

Schematisch läßt sich der Sinn einer Bausparkasse aus folgendem Beispiel erkennen: Es sei angenommen, daß 15 Siedlungslustige je 15 000 Mark zum Bau eines Hauses benötigen und sich zu diesem Zwecke jährlich je 1000 Mark ersparen. Ohne Bausparkasse müßte jeder — wenn man der Einfachheit halber von den Zinsen absteht — 15 Jahre sparen. Bis dahin würde das gesparte Geld für den Wohnungsbau brach liegen. Werden diese Sparrer in einer Bausparkasse zusammengefaßt, so würden die jährlichen Sparsummen von zusammen 15 000 Mark ausreichen, um in jedem Jahr für einen der Sparrer ein Haus zu errichten, so daß bereits nach Ablauf des ersten Jahres das erste Haus gebaut werden kann. Nach den von der Verwaltung vorgelegten Satzungen hat sich der Bausparer zu verpflichten, innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist von 6 bis 12 Jahren einen seinen Einkommensverhältnissen angepaßten Betrag zu ersparen. Dies ist die sogenannte Bausparvertragssumme, deren Mindestbetrag 3000 Mark ist. Es bleibt dem Sparrer überlassen, ob er die ganze für den Bau erforderliche Summe bei der Bausparkasse ersparen will. Es ist vorgesehen, daß den Bausparern neben der Vertragssumme Hypotheken von der Sparkasse gewährt werden, so daß sie nur einen Teil der Kaufsumme zu ersparen haben. Die Zahlung der Sparbeträge erfolgt in monatlichen Raten, deren Höhe sich nach der Höhe der Vertragssumme und der Länge der Vertragszeit bemisst. Je länger die Vertragsperiode ist, desto kleiner sind die Raten.

Die Verteilung der eingehenden Sparsummen unter die Bausparer erfolgt bei den privaten Bausparvereinigungen regelmäßig nach dem System des sog. *Bettsparens*, d. h. derjenige Sparrer, der neben seinen vertraglichen Pflichtleistungen die größten frei-

willigen Extrazahlungen leistet, wird zuerst berücksichtigt. Dieses System führt zu einer Bevorzugung der leistungsfähigsten Sparrer und benachteiligt die wirtschaftlich weniger gut stellten. Die öffentlichen Bausparkassen haben deshalb an die Stelle dieser plutokratischen Zuteilungsmethode die Zuteilung durch das Los gesetzt. Der Berliner Plan sieht vor, daß die Bausparer je nach der Dauer der noch laufenden Vertragszeit und der Vertragssumme in Gruppen eingeteilt werden, deren Vorräte gleichberechtigt an der vierteljährlich stattfindenden Verteilung teilnehmen. In den vom Glück begünstigten Sparrer kann also bereits nach drei Monaten die Zuteilung erfolgen. Wer Pech bei der Verteilung hat, muß damit rechnen, erst am Ende der Vertragszeit die Zuteilung zu erhalten.

Nach der Zuteilung erhält der Sparrer die volle Vertragssumme, und zwar wird derjenige Teil, der nicht durch das Sparguthaben gedeckt ist, als hypothekarisch zu sicherndes Darlehen gegeben. Das Sparguthaben wird dem Sparrer mit 4 Prozent verzinst. Derselben Zinssatz muß er für das ihm gewährte Darlehen zahlen. Hierzu treten noch Abzahlungsbeträge zur Tilgung des Darlehens. Für alle Bausparer wird eine Lebensversicherung abgeschlossen. Diese geht nur dahin, daß zugunsten der Erben eines Sparrers, der nach der Zuteilung aber vor der Abzahlung des Darlehens stirbt, der noch nicht abgezahlte Darlehensbetrag an die Bausparkasse zurückgezahlt wird. Die Erben sind also von weiteren Zahlungen befreit und die des Erbauers betraute Familie der Sorge um das Eigenheim entbunden. Gleichzeitlich ist die Bausparkasse hierdurch vor Ausfällen geschützt. Die Versicherungsprämien sind nur geringfügig und werden bei der Verzinsung, die nicht bar ausgezahlt, sondern dem Guthaben zugeschrieben wird, in Abzug gebracht, ebenso ein mäßiger Verwaltungsstellenbeitrag.

Die praktische Auswirkung des Sparvertrages.

Ein auf Grund der von der Verwaltung der Stadtbank vorgelegten Unterlagen errechnetes Beispiel mag die praktische Auswirkung des Sparvertrages darzulegen. Es sei angenommen, daß der Bausparer sich zu einer Kaufsumme von 15 000 Mark und einer Vertragszeit von 12 Jahren entscheidet. Er hat also monatlich 90,15 Mark zu zahlen und kann auf Zuteilung durch das Los in frühestens 3 Monaten und spätestens 12 Jahren rechnen. Die mittlere Wartezeit beträgt 6½ Jahre. Nehmen wir an, daß der Sparrer nach 7 Jahren ausgelost wird. Er hat bis dahin einschließlich der aufgelaufenen Zinsen und obzüglich der Verwaltungsbeiträge und Versicherungsprämien 7813,50 Mark gezahlt, erhält jedoch die volle Vertragssumme von 15 000 Mark, also außer der Sparsumme einen Baugedreht von 7186,50 Mark. Er hat nun der Zuteilung an keine Eingahlungen mehr zu leisten, muß jedoch den Baugedreht mit 4 Prozent verzinsen und in der restlichen Vertragszeit, das sind in unserem Beispiel 5 Jahre, tilgen. Dies bedeutet für 5 Jahre eine monatliche Belastung von 140,10 Mark. Nach Ablauf dieser Zeit ist die Vertragssumme amortisiert und der Sparrer ist lastenfreier Besitzer eines Eigenheims, soweit er nicht zum Zwecke des Baues desselben weitere Schulden aufgenommen hat. Wenn der Bausparer vor Zuteilung stirbt, so erhalten seine Erben, wenn er wegen Zahlungsunfähigkeit oder aus anderen Gründen kündigt, so erhält er selbst den eingezahlten Be-

ZUM OSTERFESTE

SALAMANDER

Schuhe kaufen, heisst sich selbst das schönste Fest bereiten.

Dazu Strümpfe u. Socken in allen mod. Farben garantiert I. Wahl.



frag in Form einer jährlichen Zeiträume bis zum Ablauf der Vertragszeit verzinst zurück. Die Sparsumme kann also dem Sparer keinesfalls verloren gehen. Die Auszahlung der Vertragssumme erfolgt erst, sobald der Sparer nachgewiesen hat, daß er über 20 Prozent der Baukosten verfügt. In der Regel wird hierzu das Sparguthaben ausreichen. Andernfalls muß der Sparer sich den fehlenden Betrag anderweit beschaffen.

Lediglich für bestbezahlte Arbeiter und Angestellte.

Vor Abschluß des Vertrages wird der Sparer sachkundig beraten, um zu verhindern, daß er Verpflichtungen eingibt, die keine finanziellen Möglichkeiten überschreiten. In der Praxis wird der Abschluß eines Bauparvertrages nur für gehobene wirtschaftliche Existenzen in Frage kommen, bei Arbeitern und Angestellten nur für die bestbezahlte Oberschicht in gesicherter Stellung. Immerhin zeigt die Tatsache, daß bereits mehrere 100 Entwürfe auf Abschluß von Bauparverträgen bei der Sparkasse

vorliegen, daß in Berlin ein Bedürfnis zur Errichtung einer öffentlichen Bauparbank vorhanden ist. Es war ursprünglich geplant, die Bauparbank mit derjenigen der Provinz Brandenburg zu vereinigen und sie als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts auszugestalten. Der vom Ausschussrat der Sparkasse und dem Verwaltungsrat der Stadtbank zur Vorbereitung der Vorlagen eingesetzte Unterausschuss hat das Projekt dahin abgeändert, daß die Bank nur als Abteilung der Berliner Stadtbank und ohne Verbindung mit der Provinz Brandenburg errichtet wird.

Wenn die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sich nach eingehender Beratung entschlossen hat, dem Plan grundsätzlich zuzustimmen, so ist sie hierbei in erster Linie von dem Gedanken geleitet gewesen, den Bürgern unserer Stadt die Möglichkeit der Bauparität zu eröffnen, ohne sich dem Risiko auszusetzen, das mit der Beteiligung an den privaten Gründungen verbunden ist. Uebersehensartige Erwartungen knüpft sie nicht an das Projekt.

Stadtverordneter Dr. Siegfried Weinberg.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Wieder im Lärm untergegangen!

1. Bezirk — Mitte.

Um überhaupt einmal einige dringende Personalfragen erledigen zu können, begann die letzte Bezirksversammlung mit einer nichtöffentlichen Sitzung. Sobald aber die Öffentlichkeit hergestellt wurde, setzte das im Bezirk Mitte schon übliche kommunistische Theater ein. Die SPD verlangte, daß sämtliche vorliegenden Anträge (darunter allein 11 Anträge der Kommunisten) noch in dieser Sitzung erledigt würden. Als der Vorsteher, Genosse Kiese, sich den Kassenmenten der Kommunisten verbat, bejahte der kommunistische Stadtverordnete Dröhl sogar noch die Geschmacklosität, den Vorsteher wegen dieser Äußerung zur Ordnung zu rufen, was natürlich einen Heiterkeitssturm hervorrief. Schon bei der Beratung des ersten kommunistischen Antrages kam es zum Krach im Sitzungssaal und auf der Tribüne. Der kommunistische Bezirksverordnete drang auf den Genossen Thomas ein. Auf der gutbesetzten Tribüne erhob sich ein Sturm der Entrüstung über diese kommunistischen Tölpel. Die Sitzung zog wieder auf. Um ihre Niederlage wenigstens ein wenig wieder gutzumachen, wandten sich die kommunistischen Bezirksverordneten im Vorraum des Sitzungssaales gegen den Berichtsjahr des „Vorwärts“, der von ihnen beschimpft und bedroht wurde.

Belle-Alliance-Straße wird verbreitert.

6. Bezirk Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung hielten die Nationalsozialisten in einer Antragsform einen „kräftigen“ Schlag gegen das Bezirksamt aus, doch ging dieser Schlag in die Luft. Vor einhalb Jahren stellte das Bezirksamt auf Vorschlag der deutschen Montiergesellschaft für die Leitung des Kinderheims in der Dortstraße eine Deutscherin an, die in Deutschland groß geworden, die deutschen Schulen besucht und auch inzwischen die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat. Was machen die Nazis aus dieser Sachlage? Sie sprechen von der Harteiterin als einer feindlichen Ausländerin, die deutschen Lehrern das Brot wegnähme. Dem Bürgermeister Genossen Herz war es ein leichtes, den Antragern nachzuweisen, daß sie von den tatsächlichen Verhältnissen keine Ahnung haben, und fertigte sie geschickt mit dem Argument ab, daß man mit demselben Recht auch den Heros der Nazis, Adolf Hitler, als feindlichen Ausländer bezeichnen müßte, den ihr ihäringischer Minister Fried sogar zum Beamten machen wollte, während es sich in vorliegendem Falle ja überhaupt nur um eine Tarifangestellte handele, die keine Beamtenstellung habe und außerdem alleseitig als außerordentlich tüchtig anerkannt werde. Einer Vorlage des Bezirksamts, für das Stück Belle-Alliance-Straße vom Blücherplatz bis Teltower Straße eine neue Baufluchtlinie festzusetzen, verstellte, daß die Straße auf 40 Meter verbreitert wird, nach der Seite, auf der das Liehische Warenhaus steht, stimmte die Versammlung nach langer Debatte zu. Die Deutschnationalen stimmten dagegen, trotzdem gerade der deutschnationale Stadtrat Brandt sich für die Vorlage besonders einsetzte. Die Versammlung nahm ferner eine Vorlage des Bezirksamts zur Kenntnis, wonach die bisher in Kreuzberg bestehenden Wohnungskommissionen — zusammengesetzt aus Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten — auf Anordnung des Magistrats nach Anhörung der 20 Wohnungsamtsdeponenten aufzulösen sind. Diese Anordnung wurde veranlaßt durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, wonach die Arbeiten der Wohnungsmissionen als Angelegenheiten der Wohnungswirtschaft, also als staatliche Auftragsangelegenheiten, zu betrachten sind, die keiner Kommissions- oder sonstiger Kollegialentscheidungen bedürfen. Alle an das Wohnungsamt gelangenden Angelegenheiten, also auch die Beschwerden, werden in Zukunft auf dem Dezernatswege erledigt. Die Kommunisten leisteten sich einen bösen Scherz in einem Antrag, der das Bezirksamt ersucht, Anweisung zu geben, daß am 1. Mai alle Dienststellen sowie Bureaus geschlossen sein sollen. Es heißt in dem Antrag, daß das staatenbewußte Proletariat gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Weltbürgerdemonstrationen. Wären sie nicht von Sozialdemokraten darauf aufmerksam gemacht worden, so hätten sie diese Sinnwidrigkeit nicht gemerkt. Sachlich ist zu der Forderung der Kommunisten zu sagen, daß das Bezirksamt allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den 1. Mai feiern wollen, entsprechend den zentralen Anweisungen nichts in den Weg legt. Das entspricht auch unserer Auffassung, die der Bedeutung des 1. Mai als Kampftag Rechnung trägt.

Sie vertrauen den Bürgerlichen.

11. Bezirk — Schöneberg.

In der letzten Bezirksversammlung wurde an Stelle des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Genossen Büth der Genosse Peterion in die Bezirksversammlung eingeführt. Anschließend fand die Einführung der unbesoldeten Stadträte statt. Bei dieser Gelegenheit hielt Bürgermeister Bernd eine Rede, in der er scharf gegen den neuen Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform Berlin Stellung nahm. Von unserer Partei wurden die Genossen Büth und Wendt als unbesoldete Stadträte eingeführt. Der deutschnationale Stadtverordnete Wobli und der Nationalsozialist Dr. Löpelmann sind nicht bestatigt worden. Der erstere weil er nicht Reichsangehöriger war, der letztere wegen seiner gebührenden Komplexion gegen die Republik. Ferner nahm die Bezirksversammlung Kenntnis von der Verlängerung der Amtszeit der besoldeten Stadträte Laffen und Hammann. Ein volksparteilicher Antrag verlangte die unentgeltliche Ueberlassung der Rathauskassette an überparteiliche Organisationen. Genosse Buchholz lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß über den Bezirke „Ueberparteilichkeit“ sich wohl kaum eine Einigung erzielen lassen würde. Interessant war, daß die SPD für diesen Antrag stimmte und der Kommunist Glogig erklärte, sie hofften, daß das Bezirksamt die „Ueberparteilichkeit“ wahrer würde. Ein solches Nach von Vertrauen gegenüber dem stark rechts eingestellten Bezirksamt Schöneberg können nur „überparteiliche Kassenkämpfer“ wie die Kommunisten erwarten. Die SPD hatte zum zweiten Male einen Protest

gegen den neuen Selbstverwaltungsentwurf eingebracht, über den die Bezirksversammlung zur Tagesordnung übergang und einem Änderungsantrag unserer Fraktion einstimmig zustimmte, der sich dem Protest der Berliner Stadtverordnetenversammlung anschließt.

Ehrung für den Sechzigjährigen.

13. Bezirk — Tempelhof.

Die letzte Bezirksversammlung wurde durch den Vorsitzenden mit einer Ehrung unseres Genossen Huhn eröffnet, der am 18. März 60 Jahre alt geworden ist. Genosse Huhn ist seit 1908 ehrenamtlich tätig und zwar erst als Gemeindevorsteher und dann bis 1921 als stellvertretender Amts- und Gemeindevorsteher in Mariendorf. Seit 1921 gehört er ununterbrochen der Bezirksversammlung an. — Dann erfolgte die Einführung der nachgerückten Bezirksverordneten Sprie und Hermann (Dnat.) und des Volksparteilers Dr. Berthold. — Der Bericht aus dem Hausvolksausschuss ergab, daß dem Antrag Bürgermeister, vom Bezirksamt eine ausführliche Auskunft über die Finanzlage der Stadt Berlin zu fordern, stattgegeben worden ist. Das Exposé lag der Versammlung bereits vor. Alle Anträge der Kommunisten waren im Ausschuss abgelehnt worden. Man brachte sie alle Anträge im Plenum erneut vor, begründeten sie langatmig mit den unvermeidlichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, mußten sich dann aber wieder Ablehnung gefallen lassen. — Die Umorganisation über die Entwurfsarbeiten wurde als nächster Punkt zur Debatte. Der Organisationsausschuss legte eine Entschließung vor, in der dagegen protestiert wird, daß weder zentrale noch Bezirkskörperschaften über die Entwurfsarbeiten gehört worden sind. Der Ausschuss fordert die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung, Dezentralisierung und Erhaltung der Selbstständigkeit der Bezirke. Diese Entschließung fand eine stürmische Debatte hervor, in die selbst der Bürgermeister eintrat, weil der Begründer des Antrags von „artianen“ (Tempelhof) und „unartigen“ (Schöneberg) Bezirksämtern gesprochen hatte. Es erfolgte Ablehnung.

Noch lebhafter wurde es, als der kommunistische Antrag verhandelt wurde, der finanzielle Unterfütterung der oppositionellen Arbeiterpartei vom städtischen Ausschuss für Preisbewegungen forderte. Sprach schon der Wortlaut des Antrags von „sozialdemokratischer Spaltungspolitik im Arbeiterpartei“, so fuhr der Redner noch gründer Gesicht auf, machte sich aber eine Wohlgegnung, oft vom Beifall unterbrochene noch schärfere Abfuhr von dem Genossen Braun gefallen lassen.

Die Vorlage des Bezirksamts, le eine Schutzbarade im Industrieviertel und auf dem Tempelhofer Feld sofort zu errichten, fand Aufnahme gegen die Stimmen der Kommunisten.

Der zusammengebrochene Schulstreik.

14. Bezirk — Neulölln.

In der Neulöllner Bezirksversammlung wurden die vom Oberpräsidenten bestellten unbesoldeten Stadträte, darunter die Sozialdemokraten Köhn, Gehrte und Albrecht von Bürgermeister Scholz in ihr Amt eingeführt. In die Bezirksversammlung trat neu ein der Sozialdemokrat Galonska. Die Erloswahl für einen ausgeschiedenen Beisitzer des Vorstandes ergab

die Wahl des sozialdemokratischen Bezirksverordneten Händel. Dann erhielt Bezirksverordneter Hartisch (Soz.) das Wort zur Begründung der Abänderungsanträge der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung. Die Kommunisten hatten eingesehen, daß die Änderungen der Geschäftsordnung eine starke Mehrheit finden würden und beschränkten sich auf zahme Agitationsreden. Mit zur Tribüne gemantem Gesicht verkündete der Kommunist Bullerjahns: sie würden sich dieser neuen Geschäftsordnung nicht fügen und sich lieber von den Höggebel-Banden einzeln aus dem Saal schleusen lassen und dabei keinen Finger breit zurückweichen. Zur besseren Vorbereitung der Bezirksverordnetenversammlung wurde ein Klebsteinausschuss gewählt. Dann kamen drei Anträge zur Beratung über den Neulöllner Schulstreik. Herr Lange wollte weismachen, daß die Kommunisten gar nichts mit dem Schulstreik zu tun hätten! Er habe erst im „Vorwärts“ darüber gelesen und sei ganz überrascht gewesen. Ehrendialisten und andere wilde Leute hätten den Streik inszeniert. Stadtrat Dr. Löwenstein wies an sehr umfangreichem Material nach, daß die Kommunisten bereits im März mit Flugblättern zum Streik gehetzt haben. Er hob hervor, daß er selbst gegen die Schulsparmaßnahmen protestiert habe, und daß es auch gelungen sei, die größten Häupter dieser Maßnahmen zu lindern. Jetzt, wo die Kommunisten sehen, daß ihre Aktion zusammengebrochen ist, wollten sie plötzlich nichts mehr damit zu tun haben. In seiner Antwort behauptete Herr Lange: die Führer des Schulstreiks hätten auf ihren Flugblättern den Namen Höggebel ohne vorheriges Einverständnis verwendet. Der deutschnationale Langula war besonders spitzbündig: Der Streik sei an den weltlichen Schulen ausgebrochen! Wer hat die weltlichen Schulen geschlossen? Dr. Löwenstein! Also ist er schuldig am Streik! Diese Logik wurde mit Heiterkeitsausbrüchen ausgezeichnet, die sich noch steigerten, als Langula mitteilte, sie würden trotz dieser Kritik für den sozialdemokratischen Antrag stimmen. In diesem Antrag wurde das verantwortungslose Treiben der Kommunisten mißbilligt und von dem Bezirksamt verlangt, daß es in Zukunft alles tun solle, um derartige Streiks zu verhindern. Dieser Antrag wurde angenommen; außerdem noch ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangt, daß die Dreie Grob- und Klein-Ziehlein, Wohmannsdorf, Rudow und Budow eine Kreisverbindung durch eine Autobuslinie erhalten sollen.

Die erste „Gustav-Stresemann-Schule“

15. Bezirk — Treptow.

Eingehend beschäftigte man sich mit den Verlehrsverhältnissen. Bezirksverordneter Strieder (Soz.) betonte, daß die Verlehrsverhältnisse im Bezirk Treptow, gemessen an den Verhältnissen von 1929, bessere geworden sind, wem natürlich auch nicht verkannt werden dürfe, daß eine weitere Fortentwicklung infolge der größeren Einwohnerzahl unbedingt notwendig ist. Eine Reihe von Erweiterungsanträgen wurden auf Vorschlag des Bezirksverordneten Becher abgelehnt, weil die Stadtverordnetenversammlung bereits in dieser Frage entschieden hat. Ein Mißtrauensantrag der SPD gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Rißner wurde durch „Uebergang zur Tagesordnung“ erledigt. Auf Vorschlag des Bezirksamts beschloß die Versammlung, der Realschule in Ufershof den Namen „Gustav-Stresemann-Schule“ zu geben. Dem Lin- und Erweiterungsbau im Kindererholungsheim in Carlshagen wird zugestimmt. Die Kommunisten erhoben zunächst bei der Beratung dieser Angelegenheit unbegründete Angriffe gegen das Bezirksamt. Stadtrat Peters schilderte die tatsächlichen Verhältnisse und empfahl dringend, im Interesse der Treptower Kinder, der Vorlage zuzustimmen. Ein Antrag der Fraktion der SPD auf Entlassung eines Oberschönweider Polizeioffiziers wurde durch „Uebergang zur Tagesordnung“ erledigt. Für die Schaffung von Aborten in der 13. Volksschule in Niederschönweide werden 8000 Mark bewilligt. Von unserer Fraktion wurde ein Antrag eingebracht, der gegen die Vorlage der preussischen Regierung auf Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin protestiert. Die Bezirksversammlung beschloß, zur Behandlung dieser Frage eine außerordentliche Sitzung am 16. April 1930 stattfinden zu lassen.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

In einer sehr stark besuchten sozialdemokratischen Kreismitgliederversammlung am Montag, dem 14. April dieses Jahres, sprach Genosse Rudolf Wissell über die gegenwärtige politische Lage und den Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Der Referent streifte kurz die letzten Reichstagskämpfe um die Zoll- und Steuerpolitik des Kabinetts Brüning und ging dann ausführlich auf den Kampf um die Arbeitslosenversicherung ein. Er schilderte die Entstehung der Sozialgesetzgebung und gab einen interessanten Zahlenüberblick über den sozialpolitischen Aufwand in der Vorkriegszeit und den Jahren 1928/1929. Wissell kam zu dem Schluß, daß die Entscheidung der Fraktion vom 27. März richtig gewesen sei. Das hätte die kurze Zeit der Tätigkeit des Kabinetts Brüning bereits beweisen. Die Vorarbeiten für diese Regierung sind schon während der Amtsführung des Kabinetts Müller gelöst worden. Zum Schluß forderte Wissell unter stürmlichem Beifall der Versammlung zu einem geschlossenen und einheitlichen Abwehrkampf auf.

Nachruf!
Am Mittwoch, 16. April, verstarb unser lieber Mitarbeiter, der Leiter unserer Ausgabebeiste Kaulsdorf, Genosse **Felix Vogt** im Alter von 47 Jahren.
In langjähriger Zusammenarbeit war uns der Verstorbene ein treuer Freund, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Vorwärts Verlag G. m. b. H.
Einkäschierung Mittwoch, den 23. April, 14 $\frac{1}{2}$ Uhr, Krematorium Beunischulweg.

Am 16. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, erschloß nach langer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, mein guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel **Felix Vogt** kurz vor seinem 47. Geburtstag.
Esse zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen **Wanda Vogt**.
Die Einäschierung findet am Mittwoch, dem 23. April, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Krematorium Beunischulweg statt.

LOOSE
der Preussisch-Österreichischen Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse **25. 26. April**
1, M. 3.—, 1, M. 6.—, 1, M. 12.—, 1, M. 24.—
Heufelder
Staatl. Lotterie-Einnahme
Berlin W 30, Oberwallstraße 15a
Tel. Markur 7922 — Postcheck Berlin 4360

Arcona-Räder
Die Präzisionsmarke
Neueste Modelle mit Ballenbereifung
Fahrrad- u. Motorrad-Zubehörlie
Versand überallhin.
2 Millionen zufriedener Kunden
in fast allen Orten Deutschlands
Pracht-Katalog mit 6500 Abbildungen
Geschenke enthält alle, was Sie brauchen
35.—
Jahressatz 25000 Fahrräder.
Ernst Machow Berlin
Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Danksagung
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters **Paul Paritschke** folgen wir auf diesem Wege allen Kollektoren und Kollegen des Arbeitsamts Selbst sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Ella Paritschke u. Sohn Werner

Rennen zu Strausberg
Sonabend, d. 19. April
nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr

Der gute Kapitän-Katzenbäck
ist der meiste Zigarettenpack enthält.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, RPO-Bez. 3801

Musik adelt
aber die Engel im Himmel singen hören vor Hühneraugenschmerzen, ist nicht jedermanns Sache.
Darum: „Lebewohl“ auf die Hühneraugen.
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben, Dose mit 18 Pfefferkörnern 25 Pf., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schmalz (2 Bänder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Entschuldigungen erlangen wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl in Blechdosen** und weisen andere, angeblich „ebensogute“ Mittel zurück.

Mit - DAS ZIEL FÜR ALLE!

FÜR KARFREITAG UND DIE OSTERTAGE GILT DIE LOSUNG

FUNKTURMHALLEN AM KAISERDAMM / VON 10 BIS 20 UHR GEÖFFNET

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 18. 4. Staats-Oper Unter d. Linden Teil-Nb. 2, Fr. No. 9 Jahres-Kb.-V. No. 104 18 1/2 Uhr Parsifal Ende 23 1/2 Uhr

Freitag, 18. 4. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 20 Uhr Orpheus u. Eurydike Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik Vorst. 65 30 Uhr Fidelio Ende m. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schausph. am Gendarmenmarkt Geschlossen!

Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg. Geschlossen!

LICHTBURG

Gesundbrunnen

Karfreitag, d. 18. April

6 00 Uhr 8 30

2 Elitekonzerte

des Berliner Symphonie-Orchesters

60 Musiker unter Leitung

Franko Fedeli

Solisten:

Lilly Dreysfus, Paul Seebach

Eintrittspreise nicht erhöht

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr

Lothringstr. 37.

Nur noch bis 30. April

Der wahre Jakob

Donnerstag, den 1. Mai zum 1. Male

Die Berliner Posse

Rentier Mudcke

Gutschein für 1-4 Personen

Fauteuil nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,

Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

Volksbühne

Theater am Dönhofsplatz.

Geschlossen.

Staatl. Schiller-Th. Geschlossen.

Piscator-Bühne (Waltner - Theater) Geschlossen.

Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Fidelio

Theat. u. Kath. Tor Kothb. Str. 6 Heute geschlossen! Tägl. 8 Uhr (in beiden Theater) ab 3 Uhr 30 ermäßigter Pr.

Elite-Sänger.

Das phänomenale Operprogramm mit d. beliebtesten Gesängern Kurt Wanger

GERMANIA PALAST

Frankfurter Allee 313-314

Karfreitag, den 18. April 1930

Der große Monumental-Film

„LUTHER“

Auf der Bühne:

Das Berliner Solo-Quartett

Jugendliche haben Zutritt! Beginn 6, Kasseneröffnung 5 Uhr.

Sonnabend, 19. u. Montag, 21. April 1930

Das große Oster-Festprogramm!

Buster Keaton in seinem größten Filmerefolg:

„Wasser hat Balken“

Auf der Bühne:

1. Fünf Count del Rey, die große Damen-Lustaktion.

2. Zehn Grell's, die lustigen Accordeon-Matrosen.

3. Breka m. sein. weibler. Wunderhären.

Jugendl. haben Zutritt! Dag. Wochentags 6, u. d. Festtagen 3 Uhr.

AECHTES GROTERJAN MALZBIER

DAS STARKBIER DAS NIE BERAUSCHT

Theater am Schiffbauerdamm Gastspiel d. Kleinen Theaters 8 1/2 Uhr

Madame hat Ausgang v. Thelma, Mignon, Waltra, Lucretia Vorverk. ununterbr. Norden 281 u. 1141

Philharmonie 8 Uhr KONZERT von Solisten des Philharm. Orch. Familien-Quintett-Schubert Septet-Beethoven. Eintritt 1 Mk.

Metropol-Th. Täglich 8 1/2 Uhr Der Bettelstudent Alpar, Schützendorf, Jöken, Lichtenstein

Dir. Dr. Martin Zickel

Nomische Oper Friedrichstr. 104, Merkur 1401/4330. Karfreitag geschlossen! Täglich 8 1/2 Uhr

Majestät lässt bitten... Musik von Walter Kollo.

Lustspielhaus Friedrichstr. 236, Bergmann 2922/23. Karfreitag geschlossen! Täglich 8 1/2 Uhr

Geschäft mit Amerika Lustspiel von Frank und Hirschfeld

Kleines Theat. Merkur 1624 Täglich 8 1/2 Uhr Gastspiel Gisela Werbestrick in Meyer's sel. Witwe Schwank von Fritz Friedman-Fredrich.

Residenz-Theater Künstl. Leitung Gaston Briere Täglich 8 1/2 Uhr An beiden Osterfesttagen 4 und 8 1/2 Uhr

Eisricke Rundfunk. halbe Pr.

Lessing-Theater Weidemann 27/27 u. 28/28 Täglich 8 1/2 Uhr

Flamme mit Käthe Dorsch Franz Lederer Karfreitag geschlossen!

HAUS VATERLAND Kurfürst 2000

REVUE SERVUS 1930

KEMPINSKI

100 STÄRKE

Qualitäts-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachzahlung gesetzl. gesch. fertigt seit 48 Jahr als Spezialität. Conrad Müller Leipzig - Schkeuditz

Rose THEATER

ihre Hoheit - die Tänzerin

Operette. Musik: Walter W. Goetz. Täglich 8 1/2 Uhr, Sonn- u. Paterfesten 8 15 u. 9 Uhr. Jeden Sonntag (auch an den beiden Osterfesttagen) um 2-30: „Der Mustergatte“. Billettkasse für den 7-täg. Vorverkauf: Alexander 3422 u. 3194 Berlin 6, Große Frankfurter Str. 132.

Direktion: Dr. Robert Klein

Deutsches Künstler-Theat. Barbarossa 3937 Karfreitag geschlossen! 8 1/2 Uhr

Sex Appeal Lustsp. v. Frederik Lantala Regie: Forster Lantala Albert Bassermann, Mady Christians

Berliner Theater Dönhof 170 Karfreitag geschlossen! 8 Uhr Ende 10 1/4 Uhr

„Eins, zwei, drei“ mit Max Paillerberg. Regie: Gust. Hartung

Vorher: **Souper** Regie: Heinz Hilpert.

Barnowsky-Bühne Theater in der Stresemannstr. (früher Klotzstr.) Heute geschlossen! Morgen 7 1/2 Uhr Zum 1. Male: **Napoleon greift ein** von Walter Hasenclever

Komödienhaus Heute geschlossen! Ab morgen tägl. 8 1/2 Uhr

Meine Schwester und ich Musik v. Ralph Benatzky

Deutsches Theater 2 Weidemann 5201 Heute geschlossen. 8 1/2 Uhr

Der Kaiser v. Amerika von Bernard Shaw Reg: Max Reinhardt

Kammerspiele 2 Weidemann 5201 Heute geschlossen. 8 1/2 Uhr

Die liebe Feindin Komödie von A. P. Arlene Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie 11 Bismck. 2414/7514 Heute geschlossen. 8 1/2 Uhr

Die Kreatur Schauspiel von Ferd. Brühne Regie: Max Reinhardt

Operettenhaus Alte Jakobstr. 30/32 (Central-Theater) Dönh. 2047 Täglich 8 1/2 Uhr

Hotel Stadt Lemberg Preise 1, 2, 3 M.

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr: **Das Land des Lächelns** Ab Ostern **Paganini** R. Tauber, V. Schwarz An beiden Osterfesttagen 4 Uhr **Das Land des Lächelns**

Parzellen und Wohnungen

Achtung, Siedler!

Der Verkauf in unserer neuen Siedlung

Priort-Döberitz

hat begonnen.

Wohnparzellen, Gärtnereien, Hühnerfarmen qm von 0.70 M. an

Bahnfahrt bis Priort (Wustermark-Ort umsteigen) oder bis Wustermark-Verschleißebahn, dann Fußweg durch Kolonie Elstal.

Verkäufer auf dem Gelände

Zentralbüro: Dr. Ascher, Dr. Ing. Runge, Berlin W8, Französische Str. 17, Zentrum 529, 109 39

Siedlung Holländer Hoppegarten Parzellen

baureif! bequem! billig!

Verkaufsbüro: Niedersteiner Straße, Ecke Poststraße, Prenzlau - Neuenhagen 599

Freifahrt zur Siedlung ab Bahnhof Hoppegarten

Rudow Neuparzellierung

Verkaufsbüros an der Haltestelle Stubenrauchstraße. Guter Boden im Bebauungsplan.

Gutsverwaltung Rudow, Bendastr. 61/63.

Direktion: Dr. Martin Zickel

Komische Oper Friedrichstr. 104, Merkur 1401/4330. Karfreitag geschlossen! Täglich 8 1/2 Uhr

Majestät lässt bitten Musik von Walter Kollo.

Lustspielhaus Friedrichstr. 236, Bergmann 2922/23. Karfreitag geschlossen! 8 1/2 Uhr

Geschäft mit Amerika. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

BTL

Potsdamer Straße 38

Karfreitag: Luise, Beginn 6 Uhr Ab Sonnabend: Tod- u. Sprechstim Der unsichtliche Lump Jugendliche haben Zutritt

Rheinstraße 14 (An der Kais.-Eiche) Phantome des Glücks Der Traum von Liebe

Odcon, Potsdamer Str. 75

Karfreitag: Luise, Beginn 6 Uhr Ab Sonnabend: Harry Liedtke in O Mädchen, mein Mädchen - - -

Turmstraße 12

Karfreitag: Johanna von Orleans Ab Sonnabend: Anny Ondra in Das Mädel aus USA. Jugendliche haben Zutritt

Alexanderstr. 39-40 (Passage) Den ganzen Tag geöffnet Phantome des Glücks Am großen Strom

Landsberger Chaussee (Ecke Genslerstraße) in großer, gesunder Lage geräumige neuzzeitliche

1 1/2-, 2 1/2- und 3-Z.-Wohnungen

Mäßige Miete, provisionsfrei, direkt vom Bauherrn. Beziehbar Anfang Mai.

Verbindungen: Linie 66 und 174 bis Werneuchener Straße, Anschluß Omnibus 41; Linien 33, 68, 168 bis Herberstr. Ecke Siegfriedstr.; Linie 8 bis Landsberger Chaussee.

Vermietungsbüro auf d. Baustelle. Wochent. 9-7, Sonn. 10-5 Uhr. Fernspr.: Lidtenberg 4375.

in schönster Lage am Volkspark Rehberge

1 1/2-, 2-, 2 1/2-Zimmerwohnungen mit neuzzeitlichem Komfort in der Möllerstraße (gegenüber dem neuen Straßenbahnhof) Afrikanische, Swakomunder, Löderitz-Straße

beziehbar 1. Mai 1930

Besichtigung täglich. Näheres durch Vermietungsbüro auf dem Bau

Einige 2-Zimmerwohnungen in Reinickendorf - Ost, 3ec., Mücke-, Isarstraße

sofort beziehbar

Näheres durch Verwalter Hensel, Isarstraße 77

sofort zu vermieten durch: **Wohnbau-Gesellschaft „Eintracht“** Genslerstraße 411, Ges. Berlin W 35, Potsdamer Straße 111.

Bau und Landparzellen

bequem mit Umsteigeerschein für 25 Pf. zu erreichen. (Straßenbahnlinie 69 u. 70 oder Stadtbahn Bahnhof Biesdorf u. Autobuslinie 37) - Alle Parzellen haben besten Gartenboden und gesunden Baugrund. Elektr. Licht-, Gas- und Wasserleitung b. z. Gelände

Berlin-Marzahn

qm von Mk. 200 an. - Auskunft: Karfreitag, Ostersonnabend, 1. und 2. Feiertag in Marzahn, auf dem Gelände an der Endhaltestelle des Autobus 37.

ideales Dauerwohn- und Wochenendgelände, ohne Bauzwang. - Schnellbahnverkehr 20 Minuten, Siedlerkarte 30 Pf. - Die benachbarte Oberhavel, der Lehnitzsee und der Oranienburger Kanal bieten erstklassige Wassersportgelegenheit.

Oranienburg-Lehnitz

ab 1.20 pro qm. - Anzahlung 5000, Monatsrate 20.00 an. - Auskunft in Oranienburg, Berliner Allee 21

Freifahrt-Autobus für Oranienburger Interessenten! Abfahrt: Karfreitag, Ostersonnabend, 1. u. 2. Feiertag, vormittags, 9.30 Uhr, Müller-Ecke Seestraße.

Prospekte und Lagepläne gratis!

Land-Parzellierungs-Akt.-Ges. Berlin N 24, Friedrichstr. 133a, Tel. D2, Weidemann 0524

Der ZOO im neuen Gewand erwartet Euch!

An beiden Osterfesttagen

Gr. Militär-Konzert

Bei schönem Wetter im Freien!

Reichshallen-Theater Abends an beiden Feiertagen Nachm. Das herrliche Oster-Programm der „Stettiner“

Nachm. halbe Preise, volles Progr.!

Dönhof-Bröttel: An beiden Osterfesten, versch. Progr. - Folio-Druck.

Landsberger Chaussee (Ecke Genslerstraße) in großer, gesunder Lage geräumige neuzzeitliche

1 1/2-, 2 1/2- und 3-Z.-Wohnungen

Mäßige Miete, provisionsfrei, direkt vom Bauherrn. Beziehbar Anfang Mai.

Verbindungen: Linie 66 und 174 bis Werneuchener Straße, Anschluß Omnibus 41; Linien 33, 68, 168 bis Herberstr. Ecke Siegfriedstr.; Linie 8 bis Landsberger Chaussee.

Vermietungsbüro auf d. Baustelle. Wochent. 9-7, Sonn. 10-5 Uhr. Fernspr.: Lidtenberg 4375.

Der ZOO im neuen Gewand erwartet Euch!

An beiden Osterfesttagen

Gr. Militär-Konzert

Bei schönem Wetter im Freien!

Reichshallen-Theater Abends an beiden Feiertagen Nachm. Das herrliche Oster-Programm der „Stettiner“

Nachm. halbe Preise, volles Progr.!

Dönhof-Bröttel: An beiden Osterfesten, versch. Progr. - Folio-Druck.

Bau und Landparzellen

bequem mit Umsteigeerschein für 25 Pf. zu erreichen. (Straßenbahnlinie 69 u. 70 oder Stadtbahn Bahnhof Biesdorf u. Autobuslinie 37) - Alle Parzellen haben besten Gartenboden und gesunden Baugrund. Elektr. Licht-, Gas- und Wasserleitung b. z. Gelände

Berlin-Marzahn

qm von Mk. 200 an. - Auskunft: Karfreitag, Ostersonnabend, 1. und 2. Feiertag in Marzahn, auf dem Gelände an der Endhaltestelle des Autobus 37.

ideales Dauerwohn- und Wochenendgelände, ohne Bauzwang. - Schnellbahnverkehr 20 Minuten, Siedlerkarte 30 Pf. - Die benachbarte Oberhavel, der Lehnitzsee und der Oranienburger Kanal bieten erstklassige Wassersportgelegenheit.

Oranienburg-Lehnitz

ab 1.20 pro qm. - Anzahlung 5000, Monatsrate 20.00 an. - Auskunft in Oranienburg, Berliner Allee 21

Freifahrt-Autobus für Oranienburger Interessenten! Abfahrt: Karfreitag, Ostersonnabend, 1. u. 2. Feiertag, vormittags, 9.30 Uhr, Müller-Ecke Seestraße.

Prospekte und Lagepläne gratis!

Land-Parzellierungs-Akt.-Ges. Berlin N 24, Friedrichstr. 133a, Tel. D2, Weidemann 0524

Großes Oster-Eier-Suchen in Blankenfelde (Krs. Teltow)

Eine originelle Oster-Freude hat die Süd-Berlin-Boden- u. G., Berlin W., Kronenstr. 11, vorbereitet. An beiden Feiertagen findet in der Großsiedlung Blankenfelde ein lustiges Oster-Eier-Suchen statt. 15 000 Oftereier hat der Osterhase auf dem herrlichen Gebiet, im Wald und auf den Feldern gelegt. Jedermann ist eingeladen, an dem Oster-Eier-Suchen teilzunehmen und wird von der schönen Gegend entzückt sein und den Osterhosen verflechten können, der die Berliner in diesem Jahr auffordert, ihren Oster-Spaziergang nach Blankenfelde (bei Mahlow, Krs. Teltow) zu machen.

300 Osterhasen weisen den Weg. Bequeme Fahrverbindung; halbstündlich und öfter ab Potsdamer Ringbhf. nach Station Mahlow, 30 Minuten Fahrzeit, Fahrpreis Mk. 0,55, Siedlerkarte Rif. 0,20.

kommt und sucht!